

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische allgemeine Zeitung. 1951-1959 1953

44 (21.2.1953)

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28 Telefon 7150-92. Postverlagshort, Karlsruhe I - Bankkonten: Städtische Sparkasse, Karlsruhe 3002; Volksbank eGmbH, Karlsruhe 1963, Bad. Kommunale Landesbank, Karlsruhe 3163 Postcheck: AZ Karlsruhe Nr. 2365. Erscheint täglich morgens, außer sonntags. - Erfüllungsort Karlsruhe. - Monatsheftpreis 1.00 DM, zuzüglich 40 Pf. Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 94 Pf. bei Postzustellung. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt erfolgt keine Entschädigung. - Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. - Anzeigenrundpreis: Die zweifelhafte Millimeterzeile 50 Pf. - Einzelpreis 36 Pf. - G. 2

Trotz Bedenken — Billigung der Steuerreform

Bundesrat lehnt „Ehesteuer“ ab

Kompromißvorschlag Niedersachsens angenommen / Länder für 37 Prozent

Bonn. (EB) - In einer mehr als dreistündigen, zeitweise recht lebhaften Debatte behandelte der Bundesrat am Freitag die großen steuer- und finanzpolitischen Vorlagen der Bundesregierung, die in den letzten Wochen im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen. Es sind dies die sogenannte „kleine Steuerreform“, der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer der Länder, die entsprechende Ergänzung des Haushaltsplanes für 1953, das Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern in den Etatjahren 1953 und 1954 und schließlich die Hinausschiebung der endgültigen Verteilung der Steuerquellen zwischen Bund und Ländern bis Ende 1954.

Die Steuerreform wurde vom Bundesrat nur unter großen Bedenken gebilligt, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die obere Grenze der Belastung mit Ausgaben noch nicht erreicht sei und daß gegenwärtig über neue Ausgaben verhandelt werde, ohne daß die entsprechenden Deckungsmittel in den Haushaltsplänen bisher nachgewiesen seien. Der Bundesrat hielt die geplanten Steuerermäßigungen „nicht für unbedenklich“.

Wahlweise Besteuerung eines Ehegatten nach Steuerklasse I

Zu einer lebhaften Debatte führte die von der Regierung vorgeschlagene gemeinsame Besteuerung der Ehegatten, die ebenso abgelehnt wurde, wie ein Antrag Hamburgs, welcher die bisherige Regelung beibehalten wollte. Dagegen fand ein Kompromißvorschlag des Landes Niedersachsen eine Mehrheit (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Hamburg, Bremen), der die endgültige Klärung dieser Frage bis zur großen Steuerreform zurückstellt, und für die Zwischzeit bestimmt, daß in die Steuerklasse I jene Personen fallen, die unverheiratet sind, sowie Ehefrauen, die in einem dem Ehemann fremden Betrieb unselbstständig tätig sind. Auf gemeinsamen Antrag der Ehegatten können statt der Einkünfte der Ehefrau die Einkünfte des Ehemannes nach Steuerklasse I versteuert werden, wenn er ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezieht.

Der zweite Teil der Vorlage, welcher den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern regelt, verfiel der Ablehnung durch den Bundesrat, der nur eine Inanspruchnahme der

Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 37 Prozent, verbunden mit der Garantieklausel des Nettoaufkommens 1952 als tragbar ansieht.

Bundesentschädigungsgesetz an den Bundestag

In der gleichen Sitzung verabschiedete der Bundesrat einen von ihm selbst erstellten Initiativentwurf eines Bundesentschädigungsgesetzes, der nunmehr an den Bundestag weitergeleitet wird, nachdem die Bundesregierung bisher einen eigenen Entwurf vorgelegt hat. Der Entwurf regelt in 118 Paragraphen das Recht auf Wiedergutmachung, die Schadenersätze, die Wiedergutmachungspflicht und die Finanzierung. Dem Entwurf stimmte der Bundesrat mit 33 gegen die fünf Stimmen Baden-Württembergs zu, dessen Vertreter, der Landesbeauftragte für Wiedergutmachung,

Dr. Küster, den Entwurf als unzureichend abgelehnt hatte. Küster bemängelte, daß der Bundesrat durch verschiedene Abänderungsanträge die Wiedergutmachungsleistungen noch beschneiden wolle.

Der Bundesrat billigte ferner den Antrag des Bundesfinanzministers, einen Teil des ehemaligen Heereszeugamtes in Uim an die Telefunken GmbH Berlin, zu veräußern, die das Objekt als Röhrenfabrik seit 1947 gemietet hat und dort zur Zeit 1500 Arbeiter, davon 40 Prozent Flüchtlinge, beschäftigt. Ferner stimmte der Bundesrat auch dem Flüchtlingsnotleistungsgesetz zu, das die Bundesregierung erst am 13. Februar beschlossen hatte. Der Bundesrat, der die Vorlage dieses Gesetzesentwurfes, der jetzt dem Bundestag zugeht, begrüßte, stellte fest, daß es ihm angesichts der allseitig anerkannten Elbedürftigkeit der Beschlusfassung nicht möglich gewesen sei, den Entwurf in seinen Einzelheiten in den Ausschüssen zu beraten. Der Bundesrat wird daher erst jetzt in die Ausschussberatungen eintreten und seine Arbeit mit den Ausschüssen des Bundestages koordinieren. Dieses Verfahren ist ein in der Geschichte des Bonner Parlamentarismus einmaliger Vorgang.

Noch keine Entscheidung in Karlsruhe

Verfassungsgericht prüft Zulässigkeit der Koalitionsklage

KARLSRUHE (EB/dpa) — Vor dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe begann am Freitag mit der Prüfung der Zulässigkeit der Koalitionsklage ein entscheidender Abschnitt über das Schicksal der deutsch-alliierten Verträge.

Im Namen der SPD bestritt der Abgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Adolf Arndt die Zulässigkeit der Feststellungsklage der Koalition. Er wies erneut auf den Standpunkt der SPD hin, daß die Verträge nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien und deshalb die Verabschiedung der Ratifizierungsgesetze einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages bedürfte. Die Koalitionsparteien seien überhaupt nicht zu ihrem Antrag berechtigt, weil Teile ein und desselben Verfassungsorgans untereinander stritten. Im Verhältnis seiner Fraktionen untereinander habe aber der Bundestag zu entscheiden. Auch die einzelnen Abgeordneten der Koalitionsparteien seien nicht antragsberechtigt. Ferner richte sich der Antrag der Koalitionsparteien nicht gegen eine bereits vollzogene Maßnahme, sondern gegen die erst

für die Zukunft erwartete Ausübung des einzigen Rechtes der Minderheit in dieser Lage. Dr. Arndt bat um eine etwa zehntägige Verfahrenspause zum Studium des Hilfsantrages der Koalition.

Für die Koalition erklärte der CDU-Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Kurt Kiesinger, daß nicht nur die Minderheit, sondern „auch die Mehrheit des Bundestages“ nach den Bestimmungen des Grundgesetzes berechtigt sei, einen solchen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Kiesinger legte dem Gericht noch vorsorglich einen „Hilfsantrag“ vor, nach dem festgestellt werden soll, daß „die Beratung und Abstimmung über die deutsch-alliierten Verträge in der dem Bundestag unterbreiteten Form nicht gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes verstößt.“

Koalition „kämpft“ mit unwahren Gerüchten

Arndt: „Bundesverfassungsgericht wird mit Polemik behelligt“

KARLSRUHE (EB) — Die Koalition habe in dem von ihr beantragten Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bedauerlicherweise eine stark parteipolitisch-polemische Note anklängen lassen, erklärte der Bevollmächtigte der SPD-Fraktion, Abg. Dr. Arndt, in einem Schriftsatz, der dem Zweiten Senat des Karlsruher Gerichtes übermittelt worden ist. Die SPD werde in Zukunft, so erklärte Dr. Arndt, weiteren Auslassungen der Koalition, die nicht zur Sache gehören, mit Schweigen begegnen und sich, wie bisher, streng darauf beschränken,

dem Bundesverfassungsgericht keine Rechtsausführungen vorzutragen.

In seinen Darlegungen stellte Dr. Arndt gegenüber den Versuchen der Koalition, ebenso verwerfliche wie unwahre Gerüchte als eine politische Waffe in ihrem Kampf zu verwenden, der der Vermeidung eines Erkenntnisses des Bundesverfassungsgerichtes gilt, fest, daß sich die Koalition entgegen der Haltung der SPD einer rechtzeitigen Klärung der Rechtslage stets widersetzt und sie mindestens zu verzögern gesucht habe, aber um so schneller die politischen Entscheidungen vorzunehmen wolle.

Zu den rechtlichen Darlegungen der Koalition zu ihrer Forderung, das Karlsruher Gericht möge ihr Mehrheitsrecht, über ein Gesetz beschließen zu können, bestätigen, erklärte Dr. Arndt, daß sie irrig seien. Es gebe zwischen den Parteien gar keinen Streit darüber, daß der Bundestag durch Beschluß seiner Mehrheit Gesetze erlassen könne. Ebenso unstreitig sei aber auch, daß der Bundestag kein Gesetz verabschieden dürfe, das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Dazu stellte Dr. Arndt fest, daß sogar eine einstimmige Verabschiedung der strittigen Vertragsgesetze an deren Nichtigkeit nichts ändern würden, wenn sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien, wovon die SPD überzeugt sei.

Neuer indischer Korea-Vorschlag?

ROM (dpa) — Die indische UN-Chefdelegierte Frau Vijaya Lakshmi Pandit erklärte am Freitag bei einer Zwischenlandung in Rom, sie habe einen „Friedensplan in der Tasche, durch den der Koreakonflikt sofort beigelegt werden könnte“. Sie lehnte es aber vor Pressevertretern ab, nähere Angaben über diesen Plan zu machen. Er müsse erst der UN-Vollversammlung vorgelegt werden.

Gesetz gegen Werbung von Fremdenlegion rechtskräftig

BONN. (dpa.) — Das vom Bundestag am Freitag verabschiedete Gesetz über das Verbot der Werbung Deutscher für einen ausländischen Militärdienst kann jetzt verkündet werden, nachdem der Bundesrat es am Freitag gebilligt hat. Das Gesetz richtet sich vor allem gegen die Anwerbung Deutscher für die Fremdenlegion. Jeder, der im Inland oder als Deutscher im Ausland einen Deutschen zugunsten einer ausländischen Macht zum Wehrdienst anwirbt oder Werbena zu führt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Auch der Versuch ist strafbar.

England bürgert ehemalige Kriegsgefangene ein

LONDON. (dpa.) — Großbritannien will allen ehemaligen Kriegsgefangenen, die seit ihrer Entlassung fünf Jahre in England gelebt haben, die Möglichkeit geben, die britische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Zur Zeit leben noch etwa 20 000 ehemalige Kriegsgefangene — die meisten davon sind Deutsche — in England. Innenminister Sir David Maxwell Fyfe gab im Unterausschuß bekannt, Einbürgerungsanträge von ehemaligen Kriegsgefangenen würden vom 1. Juni an bearbeitet.

EVG-Interimsauschuß berät über Zusatzprotokolle

PARIS. (dpa.) — Der Interimsauschuß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist am Freitagnachmittag um 16 Uhr in Paris im Palais de Chaillot zusammengesessen, um die von Frankreich vorgeschlagenen Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag zu prüfen. Die deutsche Delegation, die an den Beratungen des Interimsauschusses teilnimmt, wird vom Sicherheitsbeauftragten der Bundesregierung, Theodor Blank, geleitet. Er war am Freitagvormittag in Paris eingetroffen.

Conant in Heidelberg

HEIDELBERG (EB) — Neunzehn Kanonenschüsse kündigten am Freitag das Eintreffen des Hohen Kommissars Dr. James B. Conant im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa in Heidelberg an. Conant war in Begleitung seines Stellvertreters Samuel Reber. Im Anschluß an eine Truppenparade führte der US-Hochkommissar mit General Eddy Besprechungen. An der Unterredung nahmen auch General Charles L. Bolte als Kommandeur der siebten US-Armee, Samuel Reber und der politische Berater General Eddy, H. P. Fales, teil.

Kurze Berichte aus aller Welt

Interzonenhandelsvereinbarungen für 1953 getroffen
Zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der Sowjetzone ist in der Nacht zum Freitag mit der Unterzeichnung einer Warenliste für zukünftige gegenseitige Lieferungen der Interzonenhandel für 1953 vertraglich geregelt worden.

Nordischer Rat gab Empfehlungen

Der nordische Rat der skandinavischen Länder stimmte am Donnerstag einem Vorschlag zu, den Regierungen in Dänemark, Norwegen, Schweden und Island die Herausgabe eines gemeinsamen Heftungsbulletins zu empfehlen. Auch ein Vorschlag, gleiche Porto- und Telegrammsätze für ganz Skandinavien einzuführen, wurde einstimmig gutgeheißen.

Ollenhauer fährt nach London

Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer und der Presseschef der SPD werden in der nächsten Woche nach London fahren, um dort am 26. Februar an einer Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale teilzunehmen.

Adenauer will „neues Regierungsprogramm“ bekanntgeben

Auf dem CDU-Parteitag im April in Hamburg will Bundeskanzler Dr. Adenauer die Grundzüge eines „neuen Regierungsprogramms“ bekanntgeben.

Großes Verdienstkreuz für Schlange-Schönigen

Der Bundespräsident hat dem deutschen Geschäftsträger in London, Dr. Hans Schlange-Schönigen, das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen. Er überreichte ihm persönlich die Ordensinsignien.

Eigene Bomben auf UN-Truppen

In Korea warf ein amerikanisches Flugzeug am 2. Februar versehentlich 6 Bomben auf Einheiten der 7. US-Division, wie erst am Freitag bekannt wurde. Nach einer Mitteilung der 8. Armee hatte die bombardierte US-Einheit drei Tote und fünf Verletzte.

Israelisches Gesandtschaftspersonal hat Moskau verlassen

Das gesamte Personal der israelischen Gesandtschaft in Moskau unter Führung des Gesandten Samuel Milaschiv, hat am Donnerstagabend Moskau verlassen, um über Leningrad und Helsinki nach Israel zurückzukehren. Am Freitag verließ das sowjetische Gesandtschaftspersonal Israel.

Türkisch-bulgarische Grenze wieder geöffnet

Die türkisch-bulgarische Grenze, die seit dem 8. November 1952 gesperrt war, wurde am Freitag wieder geöffnet. Vertreter der türkischen und der bulgarischen Regierung haben in Adriampol ein Protokoll über die Rückführung der damals als „Flüchtlinge“ in die Türkei eingeschmuggelten 122 Zigeuner unterschrieben.

60 Verletzte bei Zugzusammenstoß in Paris

60 Personen wurden am Freitag bei einem Zusammenstoß zweier Personenzüge auf dem Pariser Vorortbahnhof Asnières leicht verletzt.

Morgen wählt Oesterreich

WIEN (dpa) — In Oesterreich werden am Sonntag in allen vier Besatzungszonen die Wahlen für den österreichischen Bundestag dem Nationalrat stattfinden. Außer dem Nationalrat werden in den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Burgenland am Sonntag auch die Landtage und in Graz und Klagenfurt die Gemeindevertretungen gewählt. Wahlberechtigt sind alle Oesterreicher, die vor dem 1. Januar das 20. Lebensjahr vollendet hatten. In den Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Steiermark besteht Wahlpflicht. Die Wahlen sind gleich, unmittelbar und geheim. Für die Erringung eines Grundmandats sind durchschnittlich 20 000 bis 25 000 Stimmen erforderlich. Die Aussichten der Parteien werden zurückhaltend beurteilt. Als sicher gilt, daß die Oesterreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Oesterreichs wieder als stärkste Gruppen in den Nationalrat einziehen. 1949 erzielte die ÖVP 77 Mandate, die SPÖ 67. Die Unabhängigen errangen damals sechzehn Sitze, die Kommunisten fünf. Der Wahlkampf ist bis zum Freitagabend ruhig verlaufen.

Freude und Protest über Oradour-Amnestie

Mit der Freilassung der Elsässer wird in der kommenden Woche gerechnet

PARIS. (dpa) — Mit der Billigung des Amnestie-Gesetzes durch den Rat der Republik in der Nacht zum Freitag ist die Freilassung der im Oradour-Prozeß verurteilten zwangsrekrutierten Elsässer für Anfang nächster Woche sichergestellt. Zwar muß das Gesetz noch in einer zweiten Lesung von der französischen Nationalversammlung angenommen werden, weil der Rat der Republik eine Abänderung vorgenommen hat. Der Rat der Republik hatte am Donnerstagabend noch mit 174 gegen 79 Stimmen dem Amnestie-Gesetz für die verurteilten 12 Elsässer zugestimmt. Die namentliche Aufzählung der 642 Opfer von Oradour als „für das Vaterland gefallen“ in der Einleitung zum Gesetz hat der Rat jedoch abgelehnt. Diese Abänderung dürfte auch von der Nationalversammlung gebilligt werden, zumal die Vereinigung der Hinterbliebenen von Oradour selbst diese Streichung gefordert hat, damit ihre Toten nicht in dem Gesetz genannt werden, das die Mitglieder des Verbrechens freispricht.

Die französische Nationalversammlung stimmte schließlich am Freitagabend in zweiter Lesung der Amnestie-Vorlage zu. Für die Vorlage stimmten 300 Abgeordnete, 228 waren dagegen.

Im Elsaß ist, als die Entscheidung des Rats der Republik bekannt wurde, sofort eine wesentliche Entspannung eingetreten. Die Vorsitzenden von fünfzig vaterländischen Vereinigungen, die am Donnerstagabend in Straßburg tagten, stellten fest, daß das Ziel ihrer Bemühungen, die Freiheit für die Verurteilten, erreicht sei. Alle vorgesehene Protestkundgebungen wurden abgesagt. Im Gebiet von Limoges dagegen, wo Oradour liegt, hat eine Protestwelle gegen die Amnestierung eingesetzt. Der Gemeinderat von Oradour und die Vereinigung der Hinterbliebenen haben beschlossen, dem Präfekten ihres Departements das Oradour verlebene Kriegsverdienstkreuz und das Kreuz der Ehrenlegion zurückzugeben. Für Sonntag ist eine große Protestkundgebung in Oradour geplant.

Die Tatsachen sehen!

Von Ernst Paul

Vor kurzem hat Dr. Adenauer in einer Bundestagsdebatte im Hinblick auf die Verträge erklärt: „Verlassen Sie sich darauf, Sie werden ratifiziert werden — ich gehe jede Wette ein.“ Nach dem, was sich in den letzten Tagen ergeben hat, drängt sich die Frage auf, ob der Kanzler nun seiner Sache immer noch so sicher ist.

Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Was von Frankreich in der Form von „Zusatzabkommen“ gefordert wird, bringt eine solche weitgehende Veränderung von Form und Inhalt der Verträge mit sich, daß selbst Bonner offizielle Kreise nicht mehr wagen, die sonst übliche Verneinung entscheidender Schwierigkeiten vorzunehmen. Auch in den Vereinigten Staaten wächst die Erkenntnis, daß der hastige Europatrip des Außenministers Dulles die Hindernisse, die der Verwirklichung der EVG entgegenstehen, weder beseitigt noch das Zustandekommen der Vertragswerke überhaupt gefördert hat.

Das ganze Spiel um die Verträge ist vor allem auf deutscher Seite eine Meisterleistung diplomatischen Unvermögens. Selbst jenen, die Adenauers Politik grundsätzlich bejahen, muß doch allmählich klar geworden sein, daß der Kanzler sich von Wunschbildern bestimmen ließ. Nun, nachdem man alle taktischen Vorteile aus der Hand gegeben hat, ist man erschrocken, wie teuer sich Frankreich seine Zustimmung zu den Verträgen abkaufen lassen will. Die französischen Vorbehalte bedeuten, daß die Bundesrepublik zwar nicht souverän sein, wohl aber die Hauptlast der EVG zu tragen haben wird, während Frankreich über den größten Teil des von ihm eingebrachten Potentials frei verfügen könnte. Aber sogar diese weitgehenden Vorbehalte sind einer beträchtlichen Gruppe französischer Parlamentarier noch nicht ausreichend.

Es zeigt sich nun immer deutlicher, daß der Ausgangspunkt für die ganze Vertragspolitik falsch gewesen ist. Durch mehr als zwei Jahre hat man verhandelt, und es sind nun schon fast neun Monate seit der Unterzeichnung in Bonn und Paris verstrichen. Diese Zeit wurde nutzlos verthan; man ist heute weiter von dem gesteckten Ziel entfernt als zu Beginn der Verhandlungen. Es wäre besser und klüger gewesen, diese Jahre zu einer ernsthaften Klärung des Verhältnisses zu Frankreich zu nutzen. Dabei hätte man sich auf deutscher Seite sehr gut der Mitarbeit und Vermittlung anderer Staaten, vor allem der USA, bedienen können. Das Ziel solcher Bemühungen hätte eine politische und psychologische Klärung der Beziehungen zu Frankreich sein müssen. Es gilt, das Mißtrauen aus dem Wege zu räumen, mit dem beide Teile des französischen Volkes Deutschland begegnen. In dieser Hinsicht ist aber nichts, zumindest nicht hinreichend genug geschehen. Frankreich ist, wie das Beispiel des elizianischen Widerstandes gegen das Urteil im Oradour-Prozess beweist, für Volksmeinungen und Tatsachen durchaus empfänglich.

Neue Verhandlungen, gestützt auf einen neuen Ausgangspunkt, scheinen unausweichlich zu sein. Dies ist auch nicht mehr allein die Auffassung der SPD. Bei der letzten Tagung des Europarates in Straßburg hat der Präsident des belgischen Senats, Paul Struyve, eine ähnliche Meinung vertreten. Die französischen Sozialisten fordern die Einschaltung Englands. Es gibt also genug Anlässe zu einem neuen Beginn. Eine solche Politik würde die Einschaltung einer längeren Pause und die völlige Beiseitelegung der unzulässigen Verträge erfordern. Diese Pause aber müßte vor allem zu zweierlei genutzt werden: Zu ernsthaften Verhandlungen der Westalliierten über die deutsche Einheit und zur Durchführung der Wahlen in der Bundesrepublik, damit neue Kräfte die Möglichkeit haben, ein besseres Werk zu schaffen.

Alliierte widerlegen Bundesfinanzminister

Erklärungen Dr. Schäffers über Besatzungskosten zurückgewiesen

BONN. (dpa) - Auf Welsung ihrer Regierungen haben die Alliierten Hohen Kommissare in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer in aller Form festgestellt, daß die Bundesregierung auch nach dem 1. Juli 1953 unabhängig von dem geplanten Verteilungsbeitrag, zu den Kosten für die Stationierung der alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik beitragen muß.

Der Brief der Hohen Kommissare trägt das Datum vom 12. Februar und wurde am Freitag, wie von alliierter Seite verlautet, „angesehen der kürzlichen Sinnentstellungen und Mißverständnisse betreffend den Inhalt“ von der Alliierten Hohen Kommission im Wortlaut veröffentlicht. In dem Schreiben erklären die Hohen Kommissare weiter, daß die Alliierten sich nicht für verpflichtet halten, die Besatzungskosten nach dem 1. November 1952 auf den seit April 1952 eingehaltenen Monatsdurchschnitt von 600 Millionen Mark zu beschränken. Schließlich sprechen sie die Hoffnung aus, daß die von der Bundesregierung geplante Steuerenkung nicht zu einer Beeinträchtigung der deutschen Fähigkeit zur Aufbringung eines noch endgültig festzusetzenden deutschen Verteidigungsbeitrags führen wird. Mit diesen Feststellungen weisen die Alliierten Hohen Kommissare „gewisse Erklärungen“ aus der Haushaltsrede zurück, die Bundesfinanzminister Schäffer am 27. Januar vor dem Bundestag gehalten hatte. Sie stellen „mit Besorgnis“ fest, daß Schäffers Erklärungen „eine irreführende Auslegung bestehender internationaler Abmachungen darstellen“ und „sich auf künftige internationale Verhandlungen leicht nachteilig auswirken könnten“. Die Hohen Kommissare sprechen in ihrem Schreiben die Hoffnung aus, „daß Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Bundesregierung alles in ihren Kräften liegende tun werden, um sicherzustellen, daß die kommenden Verhandlungen über die endgültige Festsetzung des deutschen Verteidigungsbeitrags im NATO-Jahr 1953/54 in dem Geist der Sachlichkeit erfolgen können, der für eine befriedigende Festsetzung der Höhe des deutschen Beitrags erforderlich ist, die dem entspricht, was andere Hauptländer des Westens von ihren Hilfsquellen für Verteidigungszwecke aufwenden“. Nur so könne der Wunsch der Bundesrepublik „nach gleichberechtigter Beteiligung an den Verteidigungsanstrengungen

der westlichen Länder mit Erfolg verwirklicht werden“. Die Erklärungen Schäffers, daß für die Zeit nach dem 1. Juli 1953 nicht mit einem deutschen Beitrag zu den Stationierungskosten der Truppen gerechnet werden könne, stehe, wie es weiter heißt, nicht im Einklang mit den Vereinbarungen, wie sie im Finanzvertrag des deutsch-alliierten Vertragswerks und dem dazugehörigen Briefwechsel enthalten seien.

Die Alliierten Hohen Kommissare weisen ferner auf einen Bericht des Haushaltsausschusses des Bundestags hin, in dem es heißt, von amerikanischer Seite sei erklärt worden, man rechne nach dem 1. Juli 1953 nicht mehr mit einem deutschen Stationierungsbeitrag, und die gleiche Auffassung werde auch von britischer und französischer Seite vertreten. Die Hohen Kommissare erklären ausdrücklich, „daß die Erklärung des Haushaltsausschusses die Ansichten der amerikanischen, französischen und britischen Regierung nicht wiedergibt und daß die Alliierte Hohe Kommission keine Kenntnis von den Äußerungen hat, auf die Bezug genommen wird“.

Der neue amerikanische Hohe Kommissar Dr. James B. Conant, der als Vorsitzender des Rates der Hohen Kommission den Brief an Dr. Adenauer unterzeichnet hat, erklärt abschließend: „Ich darf Sie bitten, bei erster Gelegenheit etwaige Mißverständnisse zu beseitigen, die auf Grund der Erklärungen des Herrn Bundesministers der Finanzen und der im Bericht des Haushaltsausschusses enthaltenen Erklärung hinsichtlich der von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtung einer Beteiligung an den Kosten für die in Deutschland stationierten alliierten Gruppen und hinsichtlich der Zahlung der Besatzungskosten entstanden sein könnten, so daß bei künftigen Verhandlungen oder Beschlüssen über diese wichtigen Angelegenheiten keine unnötigen Schwierigkeiten entstehen.“

Bonn legt Wahlordnung für Betriebsräte vor

Bundesrat soll „so rasch wie möglich“ zustimmen

BONN (dpa) — Die Bundesregierung hat am Freitag die Wahlordnung für die Betriebsräte wahlen in der freien Wirtschaft verabschiedet. Die Wahlordnung muß noch vom Bundesrat gebilligt werden. Sie soll das bisher gültige Betriebsrätewahlrecht ablösen und die Grundlage für die nächsten Betriebsratswahlen bilden. Ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums bedauerte, daß die Wahlordnung „aus technischen Gründen erst jetzt fertiggestellt werden konnte“, und sprach die Hoffnung aus, daß sie „so rasch wie möglich“ den Bundesrat passiert.

Die von der Bundesregierung beschlossene Wahlordnung enthält 56 Paragraphen, nach denen die Betriebsräte wahlen und die Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat durchgeführt werden soll. Darin wird die Bildung eines Wahlvorstandes und die Wahlmethode bei der Wahl von Gruppenvertretern, von Vertretern nichtständiger Arbeitnehmer und von Jugendvertretern festgelegt. Im dritten Teil legt der Regierungsentwurf fest, daß die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Wahl in die Aufsichtsräte „auf Stimmzetteln in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt werden müssen“. Gewählt sind diejenigen Bewerber, die die meisten Stimmen erhalten.

Ferner sieht der Regierungsentwurf vor, daß „die Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat eines Betriebes von der Belegschaft widerrufen werden kann, wenn drei Viertel der abgegebenen Stimmen für den Widerruf sind.“

Protest gegen v. Cube

BONN (EB) — Die Bundesregierung hat in einem Schreiben an die bayerische Landesregierung und an den Vorsitzenden des bayerischen Rundfunkrates gegen den Rundfunkkommentar des Chefredakteurs des bayerischen Rundfunks, von Cube, Protest eingelegt. Die Erklärungen von Cube, die er in der vergangenen Woche in einem Rundfunkkommentar abgab, es sei eine „selbstmörderische Humanität“, Sowjetzonenflüchtlinge in diesem Ausmaße in Westdeutschland aufzunehmen, wurde mit aller Schärfe zurückgewiesen. Die Aufnahme der Flüchtlinge sei nach Ansicht der Bundesregierung ein stillschweigendes Gebot, sie dürfe daher unter gar keinen Umständen eine solche Qualifikation erfahren, wie sie von Cube ausgesprochen habe. Auch seien die politischen Forderungen von Cube, die die Bundesregierung in ihrem Schreiben Einspruch erhoben.

BdJ in Baden-Württemberg verboten

STUTT GART. (EB) — Der sogenannte „Bund deutscher Jugend“ (BdJ) und der „Technische Dienst des BdJ“ sind für das Gebiet Baden-Württemberg mit sofortiger Wirkung verboten. Das Innenministerium Baden-Württembergs hat die zuständigen Dienststellen angewiesen, den BdJ und den Technischen Dienst aufzulösen und deren Betätigung zu unterbinden. Begründet wurde das Verbot mit dem Hinweis, daß sich die beiden Organisationen gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten und deshalb nach Artikel 9 des Grundgesetzes aufzulösen sind.

Keine Einwände gegen Israel-Abkommen

BONN. (EB) — Der Bundesrat beschloß am Freitag einstimmig, gegen das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen keine Einwände zu erheben. Der Israel-Vertrag wird nun dem Bundestag zur Ratifizierung zugeleitet. Der Bundesrat hatte sich zugleich mit einer von Staatssekretär Walter Hallstein abgegebenen Regierungserklärung einverstanden erklärt, wonach von deutscher Seite unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden sollen, daß Schiffe unter deutscher Flagge israelische Häfen anlaufen können. Hallstein sprach die Erwartung aus, daß diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen.

Bonn will Assuan-Projekt studieren

BONN. (dpa) - Die Bundesregierung hat am Freitag beschlossen, unverzüglich eine Sachverständigenkommission zum Studium des Assuan-Projektes nach Ägypten zu entsenden. Die Kommission wird keine Vollmachten zum Abschluß von Verträgen haben, sondern lediglich die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an diesem Projekt prüfen. Das sogenannte Assuan-Projekt ist das finanziell größte Einzelobjekt in der Liste der Forderungen, die Ägypten der deutschen Arabien-Delegation bei ihrem Besuch in Kairo vorgelegt hatte.

Das Kabinett schweigt sich über Zollunion-Vorschlag aus

BONN. (dpa) — Das Bundeskabinett prüfte am Freitag den holländischen Vorschlag zur Errichtung einer Zollunion für die sechs Länder der Montanunion. Ein Regierungssprecher lehnte jedoch jeden Kommentar ab und verwies darauf, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Vorschlag auf der Außenministerkonferenz in Rom selbst abgeben werde. Der holländische Zollunionsvorschlag ist nach der Mitteilung des Regierungssprechers Punkt 1 der Tagesordnung in Rom. Die anderen Tagesordnungspunkte sind: Die Vorarbeiten zur Errichtung einer politischen europäischen Gemeinschaft und die französischen Zusatzwünsche zum Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Außerdem werden in Rom Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem französischen Außenminister Bidault über das Saarproblem stattfinden.

Warnung vor einer KP-Tarnorganisation

BONN. (EB) — Der SPD-Vorstand in Bonn warnte am Freitag vor der kommunistischen Tarnorganisation „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juristen“, die in engem Zusammenhang mit der sogenannten „Konferenz für deutsche Einigung und nationale Unabhängigkeit“ steht. Als Aktivisten dieser Arbeitsgemeinschaft sind bisher u. a. in Erscheinung getreten der Notar Dr. Maase und ein Dr. Mertens, beide aus Düsseldorf, der Verwaltungsdirektor Dr. Friedrich Möller und der Rechtsanwalt und Notar Heinz Friedrich Eins, beide aus Wiesbaden, der Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Otto Braun aus Göttingen sowie der Assessor Josef Jentsch aus Frankfurt/Main.

PER OLOF EKSTROM

Sie tanzte NUR EINEN SOMMER

51. Fortsetzung

„Und wohin wollen wir dann gehen, meine kleine Kerstin?“ flüsterte er.

„Nach Hause können wir nicht — und auch nicht zu dir. Uns irgendwo in einer Scheune zu verstecken, wäre wie eine Entwehung. Wir klopfen bei den Großeltern an.“

„Ja, Kerstin, und ich werde dich über die Schwelle tragen. Ach, Kerstin, es ist alles so schön! Sie haben uns alle gern — jedenfalls alle, die uns etwas bedeuten. Ich wäre überglücklich, wenn ich wüßte, daß du mich nur halb so lieb hättest, wie ich dich, Kerstin, Kerstin — ich bin — ich will — ich finde keine Worte, Kerstin, meine süße, kleine Geliebte!“

Als sie in den Saal kamen, mischten sie sich unter die Paare. Sie tanzte hingebend, schmiegte sich eng an ihn und lag schwer und weich in seinen Armen. Einmal zitterte sie und legte den Kopf an seine Schulter.

„Halte mich fester!“ flüsterte sie. „Deine Hände sind so behutsam und gut — ich fühle mich so geborgen.“

Sie erregten Aufsehen, doch es kümmerte sie nicht. Es gab nur sie beide auf der Welt, sie und die Musik. Die Kameraden lachten, als er sie bat, seine Laute und den kleinen Koffer mit nach Hause zu nehmen, sie lachten und riefen hinter ihm her: „Viel Glück!“ Auch Göran lachte und dankte.

„Du hast noch immer Schminke im Gesicht“, sagte er.

„Das kann bleiben, bis ich nach Hause komme.“

Endlich hatten sie die Stadt und die Brücke hinter sich und waren auf dem Heimweg

durch den Wald. Göran raste, leichtsinnig wie meistens, mit hoher Geschwindigkeit durch die Kurven. Und es reizte ihn, noch schneller zu fahren, als er fühlte, wie sie ihre Arme um ihn schlang und ihren Kopf an seinen Rücken lehnte.

„Kerstin“, rief er einmal über die Schulter zurück, „kommst du mit zu meinen Eltern?“

„Ja, gern, aber ich werde ihnen nicht gefallen.“

„Sie haben dich ja noch nie gesehen. Warte nur, du wirst ihre Herzen schon erobern.“

Sie lachte. „Ich wäre so glücklich wie du, wenn du recht hättest! Göran“, sagte sie einige Kilometer weiter, „wenn ich an Großvater und Großmutter denke, bin ich durch und durch erwärmt. Ich habe sie so lieb. So möchte ich auch einmal sein, wenn ich alt bin, dann muß es schön sein, alt zu sein.“

„Ja, ja“, erwiderte er, „so möchte ich es auch einmal haben und die da draußen in der Welt machen lassen, was sie wollen.“

Eine Weile später rief sie: „Ich versuche immer, dich auf den Rücken zu küssen. Aber du fühlst es wohl gar nicht?“

„Ich fühle, daß etwas an meinem Mantel scheuert.“

„Wenn du langsamer fährst, bekommst du einen Kuß von mir.“

„Ich kann es gar nicht erwarten!“

Gleich würden sie eine Wegkreuzung erreicht haben. Nun waren es nur noch sieben Kilometer bis nach Hause. Der Wind war schneidend kalt geworden. Aber nun sind wir bald zu Hause, dachte er. Wie schön es heute abend ist! Selbst das Dunkel ist schön, wie es wachend und schützend zu beiden Seiten des Lichtkegels steht.

Da kam ihnen ein Auto entgegen. Wie fährt denn der Kerl? Der muß betrunken sein! Er fährt ja auf der falschen Seite! Nun fuhr er quer über die Straße, — wieder nach der anderen Seite! In der Kurve lag loser Schotter.

Jetzt kommt er im Zick-Zack auf uns zu! Himmel — — —!

Das Motorrad hatte viel zu große Fahrt, und als er bremste, rutschte es in den losen Schotter des abfallenden Weges. Einen Augenblick strahlten ihn die Scheinwerfer an, wie die Augen eines Rieseninsektes, und er streckte ein Bein aus, um in der Kurve die Balance zu halten.

Er fühlte einen Stoß, hörte Lärm, sah Funken stieben — dann wirbelte alles durcheinander, und er hatte einen salzigen Geschmack im Munde. Er verlor jedoch keinen Augenblick das Bewußtsein und kroch schnell aus dem Graben heraus. Er schrie, aber das Auto fuhr weiter und die Scheinwerfer blickten höhnisch.

„Kerstin!“

Er sah sie am Straßenrand liegen. Sie lag still, halb auf der Seite und gab keine Antwort ihm war, als lege sich eine Riesenfaust um seine Kehle und schnürte ihm die Luft ab. Er kroch zu ihr, berührte sie, ihren Körper, die Arme, schlanken Glieder, — nichts schien verletzt zu sein. Sie lag zwischen den Steinen und hatte im Sturz einen Pfahl abgebrochen. Mit zitternden Händen drehte er ihren Körper um und leuchtete ihr mit der Taschenlampe ins Gesicht. Es war weiß, still, ohne eine Schramme. Nur um den Mund und die Augen zitterte es. Er hob sie an den Schultern etwas in die Höhe.

„Kerstin, Kerstin, hörst du nicht?“ Er sah sich um nach Wasser, aber das Dunkel war stumm und verriet nichts.

Pötzlich bewegte sie sich etwas, ihr Körper bäumte sich wie ein Krampf, und sie jammerte. Entsetzt sah er sie an.

„Kerstin?“ Sie mußte sich am Rücken oder an der Seite verletzt haben; jetzt öffnete sie die Augen, guter Gott!

„Bist du da?“

„Ja, ja.“

„Ihre Hand griff in die Luft, er nahm sie, und sie schloß sich um die seine. Sie versuchte zu lächeln, aber ein Schmerz verzerrte ihr Gesicht.“

„Ich muß — ich muß mich — gestoßen haben... Es ist — als sei ich — in der Mitte abgebrochen...“ Sie atmete stoßweise und keuchend, und als er die Hand auf ihre Brust legte, fühlte er, daß ihr Herz unregelmäßig, zuweilen kaum merkbar schlug.

„Komm, ich werde dir helfen, du liegst so schlecht.“ Er schob seine Hände unter ihre Schultern, aber er zog sie sofort wieder zurück, als sie jammernd aufschrie. Im Schein der Lampe hatte ihr Gesicht die Farbe von Asche.

„Wie ist dir?“

„Ich weiß nicht, — jetzt ist es nicht mehr so schlimm — laß mich nur ganz ruhig liegen.“

Nun kam seine Entschlossenheit wieder, auf einmal konnte er wieder klar denken. Er richtete sich auf, streifte ihre Hand und legte sie vorsichtig auf die Erde.

„Hab keine Angst, Kerstin, ich hole Hilfe!“

„Ja!“ kam es wie ein Seufzer von ihren Lippen.

Bis zum nächsten Hof waren es einundneunzig Kilometer und dort hatten sie Telefon. Es würde nicht lange dauern, bis er wieder zurück sein würde. Er versuchte das Motorrad aus dem Graben zu ziehen, und arbeitete, daß der Schweiß an ihm herunterfloß. Als es dann endlich gelungen war, wollte der Motor nicht anspringen, und den Fehler konnte er nicht finden.

„Göran, Lieber, geh nicht fort, bleibe hier...“

Er kniete neben ihr nieder.

(Fortsetzung folgt)

„Weiße Rose“

Zum zehnten Todestag der Geschwister Scholl

STUTTGART. — Es wäre zu billig, wenn wir am 22. Februar, dem Tage der Hinrichtung der Geschwister Scholl, der sich jetzt zum zehnten Male jährt, nur in üblicher konventioneller Weise unsere Reverenz erweisen würden. Zu leicht beruhigen sich die Zeitgenossen und Nachkommen damit, daß ein anderer ihres Volkes dieses Huttensche „Ich hab's gewagt“ noch einmal hat Wirklichkeit werden lassen. Zu leicht beruhigen wir unser Gewissen mit dem: — „nicht die ganze deutsche Jugend war...“ — sehen Sie: die Geschwister Scholl! Doch daß die verglühenden Meteore so hell leuchten, zeigt nur, wie dunkel die Nacht ist.

Leuchten uns die Meteore noch? Sind die Geschwister Scholl uns Deutschen und vor allem der Jugend eine lebendige Mahnung? Oestlich der Elbe schmißt ein Regime, das dem nationalsozialistischen nur zu sehr gleicht, vielleicht es übertrifft, das Andenken dieser deutschen Studenten, um sie „feiern“ zu können. Vielleicht haben sie gerade deshalb drüben mehr echte, mehr nachtrauernde und nachfeiernde Gefährten, — nicht nur unter den vielen Jugendlichen, die auf Jahrzehnte in die Zuchthäuser geschickt wurden, sondern auch unter denen, die im Reich der Unfreiheit individuell noch so frei sind, wie es die jungen Scholls auch drei Tage vor ihrem Tode noch waren. Dort kann die weiße Rose wieder nur im Verborgenen blühen, in Kerkern und Zellen, in denen die Hoffnungsstränge der Leidenden Wärme und Licht spenden.

Welchen Gebrauch aber machen unsere jungen Menschen im Westen von ihrer Freiheit? Gewiß: die demokratische Polizei knüpelt in Göttingen und Freiburg die Studenten nieder, die dagegen aufstanden, daß auf die Leinwand zurückkehrt, was von ihr verschwunden sein sollte. Aber diese Studenten sind wenige, und ihr Protest war ein einziges Flammenzeichen. Es ist verträumt.

Inzwischen überläßt diese Jugend der Polizei und einem lahmen Justizapparat, die verbrecherischen Pläne derer zu bekämpfen, die sich anmaßend „Bund deutscher Jugend“ nennen und amerikanisches Geld nehmen. Inzwischen arbeitet das lügnersich blühende Gedächtnis; — und besonders, die sich gar nicht erinnern können, schmeicheln umher: es sei früher doch besser gewesen.

Würden sie sich nur die Mühe nehmen, ein Flugblatt der weißen Rose zu lesen, die damalige Qual der aufreißerischen Herzen zu erkennen, — und sich schämen.

Auch wir, die keine Sehnsucht zurück zum Dritten Reich hegen, haben Grund zur Scham. Wie nützen wir denn unsere Freiheit? Stehen wir nicht resignierend, klagend, kleine Opfer scheuend, untätig am Rande des Geschehens? Wir sehen den Rückschritt auf uns zukommen und halten uns schon deswegen für fortschrittlich, weil wir auf der alten Stelle bleiben. Hat sich die Jugend gerührt, als im Verfassungskonflikt klar wurde, wie gebrechlich diese „freie“ Demokratie ist, hat sie gegen die Versuche, mit einem skandalösen Wahlgesetz der Ungleichheit zum Siege zu verhelfen, rebelliert? Wie hypnotisierend ist doch dieses Zauberwort: „neutral“, das als Maulkorb und Hängeschloß nun bald vor allen großen Jugendorganisationen hängt und verhindert, daß in ihnen oder auf den Schulen oder Hochschulen über die brennenden Fragen unserer Zeit nachgedacht und diskutiert wird. Wie oft wird verglichen, es sei schon wieder wie etwa um 1930 oder gar 1932, und was tun wir denn dieses Mal dagegen?

Wie riesengroß ist der Abstand — und es sind doch nur zehn Jahre her! Sechs Flugblätter erschienen damals und sechs Menschen wurden geschlachtet, die mit diesem Schicksal gerechnet haben mußten von dem Augenblicke an, da sie das erste Wort gemeinsam sprachen, da sie es schrieben, da sie es heimlich druckten. Das Pathos, zu dem die Erinnerung und der Vergleich mit der Gegenwart herausfordert, diese beim Nachlesen der Flugblätter das Widerstandes ansteckende rebellierende Leidenschaft klingt hohl in unserer Zeit. Im Abgrund zwischen Eisenwänden, in Kellergewölben hallen die Schreie wider. Und wie leidenschaftlich, wie übermäßig laut muß urplötzlich der Ton im dumpfen Luftdruck der Tyrannei schrillen, wenn er gehört werden soll. Wo es nur Gefolgschaft, Zweifeln und Verzweifeln gibt, ist die Leidenschaft einziges Sprachrohr und zugleich Fanfare. Aber in unserer ungewissen, umrißlosen, weiten Ebene der „Freiheit“, wo jeder sich selbst überlassen ist, wo jeder seinen Ausweg findet, wo keiner in Konflikt kommen muß, weil niemand zu einer Tat und zu einem Glauben gezwungen wird, da ist dieses Pathos schal geworden — und hallt nicht zurück und klingt nicht nach. Nur wenigen ist schmerzhaft bewußt, daß wir auf dem Wege zurück sind, und daß wir uns, je mehr sich die Zeiten wieder denen vor zehn Jahren gleichen, desto weiter von dem gelistigen Erbe entfernen, das uns die Geschwister Scholl überlassen wollten. Mag man verzeihen, daß in großer Sorge um unsere Zukunft und in dem ehrfürchtigen Bewußtsein, daß Gedenken Verpflichtung sein müßte, ein Teil echter Leidenschaft sich auch in unserer Zeit erhalten möchte. Es starben schon manche, damit wir leben, ja: besser leben sollten! Wenn wir diese Tode mißachten, wenn wir die erlöschenden Fackeln nicht neu entzündeten, dann müssen noch viele Menschen leiden und sterben. Fritz Lamm

Einen „deutschen Gemeinschafts-Rundfunk?“

Das Bundesinnenministerium legt seinen Rundfunk-Gesetzentwurf vor

Von unserem ständigen Bonner Korrespondenten

BONN. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Bleck, legte am Freitag der deutschen Öffentlichkeit zur Diskussion einen vom Innenministerium ausgearbeiteten Entwurf eines „Gesetzes über die Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben auf dem Gebiete des Rundfunks“ vor, das die Bildung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Deutsche Rundfunk“ vorsieht, deren Sitz Düsseldorf sein soll. Die Aufgaben der Anstalt sollen nach dem Vorbild der „Deutschen Welle“ der Weimarer Zeit der Betrieb eines „Deutschen Gemeinschaftsrundfunks“ als neuer Sender für Kurz- und Langwelle, insbesondere für die Sowjetzone und das Ausland, sowie der Betrieb des deutschen Fernseh-Rundfunks sein, so daß es also in Zukunft in Deutschland nur ein einziges Fernsehprogramm geben würde. Wie der Sprecher des Ministeriums mitteilte, dürfte auch der NWDR nicht mehr in der Lage sein, allein ein Fernsehprogramm durchzuführen, da die Kosten außerordentlich seien. Man rechne mit jährlichen Unkosten von etwa 40 bis 50 Millionen DM für einen einzelnen Fernsehsender. Je Minute koste ein Fernsehprogramm zwischen 600 und 1000 DM.

Nach den Erläuterungen des Ministeriums ist eine staatliche Mitwirkung im Rahmen des neuen und unabhängigen repräsentativen Bundessenders nicht vorgesehen. Dessen Programm soll sich aus Beiträgen der deutschen Landesrundfunkanstalten zusammensetzen. Für den Nachrichtendienst sowie für die politischen Kommentare und Diskussion wird eine eigene Redaktion eingesetzt werden. Die Anstalt „Der Deutsche Rundfunk“, die ebenfalls keiner Staatsaufsicht unterliegen soll, hat als Leitungsorgane den Gesamtrat als höchste Institution, der etwa mit dem Rundfunkrat einer Rundfunkanstalt zu vergleichen wäre und sich aus 38 Personen zusammensetzt; den geschäftsführenden Ausschuß dieses Gesamtrates und den Generalsekretär. Mitglieder des Gesamtrates sollen u. a. alle Rundfunkintendanten, Vertreter des Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung sowie Vertreter des öffentlichen Lebens, des DGB, der Kirchen und der Rundfunkindustrie sein.

Neuverteilung der Hörergebühren

Die Finanzierung der Anstalt „Der Deutsche Rundfunk“ bedingt nach dem Gesetzentwurf Lehrs eine Neuordnung der Gebührenerverteilung im Bundesgebiet. Danach soll das Gesamtaufkommen der Hörergebühren nach Abzug eines Anteils von 17 Prozent für die Post der Anstalt zur weiteren Verteilung zugewiesen werden. Es dürfte sich um einen Gesamtbetrag von etwa 195 Millionen DM handeln, von denen mindestens 20 und höchstens 30 Prozent für eigene Zwecke, also

Fernsehen, Forschung usw., verwendet werden dürfen. Das wären etwa 38,6 bis 57,9 Millionen DM. Die restlichen 70 bis 80 Prozent, also 135 bis 155 Millionen DM, sind den Landesrundfunkanstalten zuzuweisen, und zwar ein Drittel gleichmäßig auf alle Anstalten und zwei Drittel nach dem bisherigen System der regionalen Verteilung. Dieser Verteilungsvorschlag ist allerdings nicht endgültig. Auf jeden Fall nach Meinung des Ministeriums soll unter Kürzung der Zuweisungen an den NWDR von 91 auf 61 Millionen DM der finanzielle Status der kleineren Anstalten verbessert werden.

Der Entwurf des Bundessender-Gesetzes ist den Rundfunk-Intendanten und den Landesregierungen zur Stellungnahme zugeleitet worden. Das Kabinett soll sich erst nach Eingang dieser Stellungnahmen sowie nach Vorliegen des Ergebnisses der öffentlichen Diskussion mit dem Gesetzentwurf endgültig befassen. Das Bundesministerium ist der Ansicht, daß die von ihm vorgeschlagene Regelung „so dringend sei, daß sie noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode des ersten Deutschen Bundestages erfolgen sollte“.

Vor Auseinandersetzungen mit den Ländern

Die Bundesregierung rechnet in der Frage der Errichtung der Anstalt „Der Deutsche Rundfunk“ mit mannigfachen verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen mit den Ländern, die erklären, daß der Bund nur auf rundfunktechnischem Gebiet zuständig sei, gab ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Freitag bekannt. Die Bundesregierung hoffe aber, daß unter Vermeidung eines Verfassungstreites ein gütliches Ueber-einkommen möglich sein werde. Nach Ansicht der Bundesregierung bedürfe das Gesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates. Es würde voraussichtlich bereits Ende der nächsten Woche kabinetttauglich sein.

Noch keine Entscheidung über Naumann

BIELEFELD. (dpa.) — In der Haftprüfungsverhandlung für den von den Engländern verhafteten ehemaligen Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Dr. Werner Naumann, hatte auf Antrag des britischen Rechtsanwaltes Scott-Henderson das britische Obergericht in Bielefeld am Freitag entschieden, daß Naumann seinen englischen und seinen deutschen Rechtsbeistand unter bestimmten Sicherheitsvorkehrungen konsultieren dürfe. Hiergegen legte am selben Tage der Rechtsvertreter des britischen Höben Kommissars Berufung ein, so daß das britische Berufungsgericht über diese Frage zu entscheiden hat. Die Haftprüfungsverhandlung wird am Samstag fortgesetzt.

Die „AWO“ ruft zu Lehrgängen

Drei sechswöchige Kurse in diesem Jahr am Havelsee vorgesehen

(Von unserem ständigen Bonner Korrespondenten)

BONN. Die Arbeiterwohlfahrt (Hauptauschuß) wird in diesem Jahr drei Lehrgänge veranstalten, in denen junge Menschen, die in der praktischen Jugendarbeit stehen, in Theorie und Praxis mit den Methoden moderner Sozialpädagogik vertraut gemacht werden sollen. Die jeweils sechs Wochen dauernden Kurse werden wenige ausgewählte Vorträge sowie viele Diskussionen und Übungen umfassen. Die Teilnehmer sollen mit den charakteristischen Merkmalen der verschiedenen Entwicklungsstufen des Jugendlichen bekannt gemacht werden und die Möglichkeit erhalten, pädagogische Probleme von verschiedenen Standorten aus zu studieren. Zur Beteiligung sind eingeladen: Erzieher in Lehrlings- und Jugendwohnheimen, junge Gewerkschaftler, Juristen, Mediziner, Lehrer, Studenten usw.

Das an einem Havel-See gelegene Heim der Arbeiterwohlfahrt in Neu-Kladow, in dem die Kurse stattfinden werden, ist verbunden mit einem Lehrlingsheim und mit einem großen Durchgangsheim für Jugendliche aus der Ostzone. Die Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer ist kostenlos. Außerdem kann ein Taschengeld und — falls erforderlich — ein anfallender Verdienstausschlag gezahlt werden.

Als Termine sind vorgesehen: I. Vom 1. 3. bis 15. 4. 1953; II. vom 1. 5. bis 15. 6. 1953 (oder 15. 5. bis 31. 6. 1953), und III. sechs Wochen in der Zeit zwischen dem 1. 8. und dem 30. 10. d.J. Die Kurse haben außer der Schulungsaufgabe noch einen anderen damit zusammenhängenden Zweck. In der gegenwärtigen Situation sind fast alle Jugendwohn- und Lehrlingsheime so knapp mit pädagogischen Kräften besetzt, daß ohne Beschaffung einer Vertretung die Teilnahme auch nur eines Mitarbeiters an einem dieser Kurse ausgeschlossen ist. Die Arbeiterwohlfahrt hofft, daß in den ersten beiden Kursen soviel Teilnehmer bereit und geeignet für die Uebernahme einer Vertretung in einem dieser Heime sind, daß im dritten bzw. schon im zweiten Kursus die pädagogischen Kräfte, die in diesen Heimen arbeiten, teilnehmen können.

Anmeldungen zu allen diesen Kursen sind

1953 sollen 35 000 Deutsche nach Kanada einwandern

OTTAWA (dpa.) — Ein Sprecher des kanadischen Einwanderungsministeriums erklärte am Donnerstag, im Jahre 1953 würden möglicherweise 35 000 Deutsche nach Kanada einwandern. Die Einwanderungsquote für Deutsche sei gegenüber 1952 erweitert worden.

Blick in die Zeit

In Hose und Nachthemd der Vopo entkommen

BERLIN - Barfuß und nur mit Nachthemd und Hose bekleidet, meldete sich in der Nacht zum Freitag auf dem Westberliner Polizeirevier in der Wrangelstraße (amerikanischer Sektor) ein 32 Jahre alter Bäckermeister aus dem Sowjetsektor. Gegen 23 Uhr hatten, wie er aussagte, Volkspolizisten an seine Tür geklopft, um ihn wegen „Wirtschaftsverbrechen“ zu verhaften. Es gelang ihm jedoch, über den Hof zu entkommen. Frau und Kind trafen ebenfalls in Westberlin ein.

„Die Badende“ lag in einem Schüttloch

DUISBURG - Der Duisburger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Schöpfung des Bildhauers Wilhelm Lehmbruck aus dem Jahre 1905, genannt „Die Badende“, die 1947 mit anderen acht Plastiken aus dem Düsselbacher Kunstmuseum gestohlen wurde, nach irlandischen Nachforschungen aufzufinden. Die fast ein Meter große Plastik einer sich waschenden Frau konnte unverseht aus einem Schüttloch auf dem Lagerplatz eines Duisburger Autohändlers geborgen werden. Die Polizei hofft, auch die anderen sieben noch vermißten Plastiken aufzufinden.

Vereiste Straße — zwei Tote

LANDSHUT - Eine schwere Verkehrsunfall auf der Straße von Landshut nach Geisenhausen forderte zwei Todesopfer. Ein Personenauto geriet auf der vereisten Straße ins Schleudern und prallte gegen einen Baum. Der Fahrer, Josef Reitberger aus Landshut und seine neben ihm sitzende Frau wurden so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus starben. Zwei Frauen, die auf den rückwärtigen Sitzen mitfuhren, erlitten Knochenbrüche.

Schleppkahn brach auseinander

WESEL - Der 1071 Tonnen große Schleppkahn „Wodan“ brach auf dem Rhein bei Wesel in der Mitte auseinander und sank. Der Kahn war quer gegen einen Pfeiler der zerstörten Weseler Eisenbahnbrücke geraten, konnte mit Hilfe zweier Schlepper wieder freikommen, mußte jedoch auf Grund gesetzt werden, da er ein großes Leck erhalten hatte. Dabei brach der Schiffskörper in der Mitte auseinander. Die Besatzung wurde gerettet.

Nichtschwimmer rettete 27 Flutgefährdete

LONDON - Der amerikanische Flieger Reice Leming ist von Königin Elizabeth II. mit der St. Georgsmedaille ausgezeichnet worden. Leming, 1,80 m groß und Nichtschwimmer, war während der Sturmflut vom 31. Januar in einem Gummiboot in das Wasser gestiegen, das ihm bis ans Kinn reichte, hatte wiederholt ein Gummiboot an die überfluteten Häuser heran-gestoßen und es dann, mit Getreidem besetzt, Schritt für Schritt zurückgeschoben. 27 Menschen hatte er dabei geborgen.

Istanbuler Zeitung: „Kein Schindluder mit der türkischen Flagge...“

ISTANBUL - Der türkische Reeder Haschem Mardin, dessen Tanker „Raman“ (in Bremen) und „Haran“ (in Kopenhagen) wegen ungelegener Reparaturen an die Kette gelegt worden sind, wurde in der türkischen Zeitung „Hürriyet“: „Lieber Mann, dein Geld, deine Schiffe und deine Betrügereien seien dir unbenommen, aber mit unserer stolzen türkischen Flagge darfst du kein Schindluder treiben.“

Bernstein auf Nordsee-Inseln

LANGEOOG - Strandläufer haben in den letzten Tagen auf den ostfriesischen Inseln viele Bernsteine in allen Größen und Farbschattierungen gefunden. Die Bernsteine lagen in Muscheln, die nach den letzten Stürmen von den durch die Grundseen und den vom Frost zerstörten Sandbänken angespült wurden und stellenweise den Strand dicht bedeckten. Sie kommen an der Nordseeküste selten vor.

W 01439 A

SONNEN MILD

Texas

CIGARETTEN

KARLSRUHE

von A bis Z

Noch 200 Millionen erforderlich

Bei der gestrigen Aussprache zwischen der Stadtverwaltung und dem Elternbeirat der Gutenbergschule erklärte Oberbürgermeister Klotz, daß noch 200 Millionen DM benötigt würden, wenn alle Probleme gelöst werden sollten, die irgendwie mit der Kriegs- oder Nachkriegszeit zusammenhängen.

Um diese Summe aufzubringen, müßte jeder Karlsruher, vor heute geborenen Säugling bis zum ältesten Bürger unserer Stadt, vom Aermsten bis zum Reichsten, 1000 DM aufbringen. Eine Summe, die von einer Generation unmöglich abverdient werden kann, die aber — falls Karlsruhe wieder wirklich dem „tiefen Frieden“ entgegengehen sollte — bestimmt wird, nicht allein von einer tatkräftigen Bürgerschaft und auch nicht von einer verantwortungsbewußten Stadtverwaltung, sondern letztlich nur abhängt von weltpolitischen Ereignissen.

Älteste Karlsruherin gestorben

Die älteste Bürgerin der Stadt Karlsruhe, die im 98. Lebensjahr stehende Frau Amalie Hausenstein, ist in der Nacht zum Freitag gestorben. Sie hatte im Dezember letzten Jahres in guter körperlicher Verfassung ihren 97. Geburtstag feiern können. Frau Hausenstein, die in Bietigheim bei Rastatt geboren wurde, lebte seit 1870 in Karlsruhe. Ein Neffe der Verstorbenen ist der Geschäftsträger der Bundesregierung in Frankreich Wilhelm Hausenstein.

Paramentenwerkstatt in der Diakonissenanstalt Ruppurr

Die Evang. Diakonissenanstalt Karlsruhe-Ruppurr hat jetzt eine Paramentenwerkstatt eröffnet. Die Werkstätte, für die geeignete Kräfte gewonnen wurden und in der auch Schwestern eingesetzt werden, arbeitet nach den von Wilhelm Löhe und Rudolf Koch gezeigten Richtlinien.

Unter Paramenten versteht man die liturgische Gewandung, die stoffliche Ausstattung des Altars der Kanzel und der Kirche überhaupt. Im Bereich der badischen evangelischen Landeskirche hat es eine Paramentenwerkstatt bisher nicht gegeben. Die neue Werkstätte soll dazu dienen, den Tisch des Herrn und die Stätte der Wortverkündigung würdig zu schmücken, und sie soll für diesen Schmuck besondere Sorgfalt und Liebe verwenden. Deshalb wird alles handgearbeitet. Das weiße Altartuch wird aus handgewebtem Leinen gefertigt und in schöner Durchbrucharbeit von Hand geziert. Die Stoffe für An-

Sünden der Väter müssen bezahlt werden

Finanzplan städt. Unternehmen — auch eine Folge „vergessener“ Arbeiten

Nachholbedarf noch nicht gedeckt — Wachstum der Stadt erweitert die Aufgaben

Die Beträge, die am Dienstag der Stadtrat für die städtischen Betriebe genehmigte, erscheinen hoch. So wurden für das Elektrizitätswerk 6 221 330 DM, für das Gaswerk 3 250 500 DM, für das Wasserwerk 1 735 000 DM, für die Straßenbahn 1 803 200 DM und zwei niedrigere Beträge für die Rheinhäfen und für den gemeinsamen Aufwand der Versorgungswerke eingesetzt. Die zur Verfügung stehenden Summen liegen mit einer Ausnahme — Wasserwerk — über der Höhe der Mittel, die im vergangenen Jahr genehmigt wurden.

Grundsätzlich ist zu dem Finanzplan der Städtischen Werke zu sagen, daß außer den Wiederaufbauarbeiten noch wesentliche Faktoren berücksichtigt werden müssen, nämlich daß eine Stadt, die letztlich nichts anderes ist als ein großes Wirtschaftsunternehmen, die Versorgung der Bürgerschaft gewährleisten will. Nicht nur die Kriegszerstörungen sind es, die den Etat so sehr belasten, als vielmehr die sträfliche Vernachlässigung während des Dritten Reiches, als die Wirtschaftsbetriebe der Städte — nicht nur die von Karlsruhe — zugunsten der Rüstungsindustrie zurückstehen mußten. Deshalb ist der Nachholbedarf so enorm. Hinzu kommt aber noch, — und dies ist ein erfreulicher Punkt —, daß unsere Stadt sich ausdehnt, größer wird und diesem Wachstum Rechnung tragen muß.

Industrie fordert Gas und Elektrizität

Gerade in der Elektrizitätsversorgung, aber auch bei der Gasversorgung, macht sich die Industrialisierung und die Vergrößerung unserer Stadt bemerkbar. Im Jahr 1951 waren für die E-Werke 2,5 Millionen, im vergangenen Jahr 3,5 Millionen und in diesem Jahr 6,2 Millionen DM angewiesen. Aus dieser Steigerung ist das Wachstum der Stadt klar ersichtlich. Der Löwenanteil der für das E-Werk zur Verfügung stehenden Summe wird für den Bau eines Hochdruckdampfkesseles verwendet. Allein in diesem Jahr sind für diesen Zweck 3,5 Millionen DM — die Gesamtkosten belaufen sich auf 4,5 Millionen — vorgesehen. Im nächsten Jahr sind als 4. Rate nur noch 200 000 DM aufzuwenden, so daß diese Anlage noch in diesem Jahr im wesentlichen fertiggestellt wird.

Auch das Gaswerk benötigt noch größere Mittel, um die Versorgung der Stadt ordnungsgemäß durchführen zu können. Der Wiederaufbau des SK-Ofenblocks, der insgesamt 2 Millionen kosten wird, wird in diesem Jahr abgeschlossen. Die letzte Rate in Höhe von 600 000 DM wurde genehmigt. Weitere Arbeiten sind erforderlich, um den erhöhten Bedarf an Gas zu befriedigen. So muß die Gasreinigung erneuert werden — die Kosten belaufen sich auf 300 000 DM — da sich der vor kurzer Zeit auf 190 000 cbm pro Tag stehende Verbrauch auf 150 000 cbm pro Tag gesteigert hat. Weiter wird die Gashochdruckleitung vervollständigt. Diese Leitung dient dazu, daß der Gasdruck auch in

pendenden (Altarbekleidung) und Kanzelbehänge werden aus handgesponnenem Flachsgewebe und in den liturgischen Farben gefärbt. Auch das Garn, mit dem gestickt wird, ist handgesponnenes Flachsgewebe, der in seiner Leuchtkraft mit der Seide wetteifert. In der Symbolik der Paramente und in ihrer Ausarbeitung wird man versuchen, dem Bau und der jeweiligen Ausstattung des Kirchenraumes gerecht zu werden, damit das Gotteshaus seinen gerade zu ihm passenden würdigen Schmuck erhält. Das setzt eine gründliche Beschäftigung mit allen auftretenden Fragen der Liturgie und Symbolik voraus. epd

Landessporttag der Evang. Jugend wieder in Karlsruhe

Der Landessporttag der Evang. Jugend Badens findet auch in diesem Jahr wieder im Karlsruher Hochschulstadion statt. Als Termin wurde der 11. und 12. Juli festgesetzt. Wiederum sollen alle Wettkämpfe in zwei Klassen durchgeführt werden: Zur Klasse A gehören alle, die allein den evangelischen Jugendkreisen angehören; dagegen umfaßt die Klasse B diejenigen, die schon bei anderen Sportvereinen beheimatet sind. Dadurch wird beiden Gruppen Rechnung getragen. Zu den bisherigen Hand- und Faustballspielen soll in diesem Jahr Basketball hinzukommen. Einzel- und Mannschaftskämpfe sowie der Wettkampf im Schwimmen werden wie früher durchgeführt. epd

Problem Gutenbergschule:

Neubau oder Wiederaufbau — ist hier keine Frage

Aussprache zwischen Stadtverwaltung und Elternbeirat — Keine Kasernen, sondern Auflockerung der Bauweise

Gestern nachmittag fand im kleinen Rathaussaal eine Aussprache statt zwischen der Stadtverwaltung, vertreten durch Oberbürgermeister Klotz, Bürgermeister Dr. Ball, Stadtbauinspektor Mertz, Oberstadtschulrat Haug und Stadträten sämtlicher Fraktionen, und dem Elternbeirat der Gutenbergschule. Bekanntlich wendet sich die Elternschaft gegen den Bau einer Schule südlich der Weinbrennerstraße im Beierheimer Feld und vertritt den Standpunkt, daß die Gutenbergschule II wieder aufgebaut werden sollte. Die Diskussion war — solange sie sich tatsächlich um das Problem drehte — aufschlußreich, da zwei Meinungen vertreten wurden, die sich konträr gegenüberstehen. Das Bürgermeisteramt plädiert für eine aufgelockerte Schulbauweise, für Licht und Luft, sowie großen Grünanlagen und Sportplätzen, während die Elternschaft argumentierte, man solle im dichtbesiedelten Westen der Stadt einen großen Schulblock, wie ihn die wiedererrichtete gesamte Gutenbergschule darstellen würde, errichten, damit die Schulraumnot in dieser Gegend gebannt sei.

Abgesehen von den örtlichen Belangen stellt das gestern aufgeworfene Problem eine Alternativfrage, die jeden Stadtplaner und damit jede Stadtverwaltung entweder mit einem

Ja oder einem Nein beantworten muß. Zwischenlösungen scheiden aus, da sie schlechten Kompromißlösungen gleichkämen, die für die Zukunft betrachtet, nicht tragbar wären. Der

fünf neue große Straßenbahnzüge benützen kann. Die Motorwagen sind großräumig und nehmen statt wie bisher 60 Personen 90 auf. Sobald sich der Werksausschuß mit der Anschaffung dieser Wagen beschäftigt hat, werden wir darüber berichten, wie die neuen Wagen beschaffen sein sollen. Wie wir bereits gemeldet haben, werden an den Endhaltestellen Knielingen und in Knielingen die — wie Oberbürgermeister Klotz in der Stadtratsitzung äußerte — „mittelalterlichen“ Umkehrmethoden in diesem Jahr beseitigt und große Umkehrschleifen angelegt werden. Auch drei neue Omnibusse — Kostenpunkt 220 000 DM — werden noch in diesem Jahr für den städtischen Fahrbetrieb angeschafft.

Rheinhäfen ist wieder aufgebaut

Die niedrigste Position im Finanzplan findet man unter der Rubrik „Rheinhäfen“. Nur 279 000 DM sind vorgesehen, wovon der größte Teil für die Instandsetzung der Uferböschung verwendet wird. Ein durchaus erfreuliches Bild, daß der durch Kriegseinwirkungen schwer getroffene Rheinhafen bis zum Jahr 1953 hundertprozentig wieder aufgebaut war.

Insgesamt beläuft sich der Gesamtfinanzplan der Städtischen Werke auf 13 613 430 DM, zu denen noch nichtverwendete Beträge aus dem vergangenen Jahr kommen, so daß sich die Endsumme auf nahezu 15,5 Millionen DM erhöht. HK

Spielplan des Badischen Staatstheaters

Spielplan vom 21. Februar bis 1. März 1953
Opernhaus:
Sonntag 22, 14.30 Uhr: 8. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement S II und freier Kartenverkauf „Die schöne Helena“, Operette von Jacques Offenbach.
Montag 23, 20 Uhr: 2. Konzert für die Kunstgemeinde und freier Kartenverkauf, Dirigent: Otto Maberath, Solist: Alfred Breith, Beethoven: Violinkonzert, Beethoven: 8. Sinfonie (ausverkauft).
Dienstag 24, 19.30 Uhr: 4. Vorstellung für das Fremden-Dienstags-Abonnement D1 und freier Kartenverkauf „Tannhäuser“, Romantische Oper von Richard Wagner.
Mittwoch 25, 20 Uhr: 13. Vorstellung für Abonnement B und freier Kartenverkauf. Zum letzten Mal „Iphigenie in Aulis“, Oper von Chr. W. von Gluck.
Donnerstag 26, 20 Uhr: 13. Vorstellung für Abonnement D und freier Kartenverkauf „Die schöne Helena“.
Freitag 27, 20 Uhr: Vorstellung für die Rundfunkvermittlung Abt. B und freier Kartenverkauf „Nächte in Shanghai“, Operette von Friedrich Schröder.
Samstag 28, 20 Uhr: „La Bohème“, Oper von Giacomo Puccini.
Sonntag 1. 3, 20 Uhr: „Tiefenland“ Neuaufführung, Oper von Eugen d'Albert.

Schauspielhaus:

Sonntag 22, 20 Uhr: „Kyriza-Pyritza“, Fosse mit Gesang von H. Wilken und O. Justinus.
Montag 23, 19.30 Uhr: Geschlossene Vorstellung „Prinz Friedrich von Homburg“, Schauspiel von Heinrich von Kleist.
Dienstag 24, 20 Uhr: Geschlossene Vorstellung für die Kunstgemeinde Schauspielgruppe I „Prinz Friedrich von Homburg“.
Mittwoch 25, 19.30 Uhr: Geschlossene Schüler-Vorstellung „Prinz Friedrich von Homburg“.
Donnerstag 26, 20 Uhr: Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ostdeutsche Kultur“ der Technischen Hochschule, des Badischen Staatstheaters und der Staatlichen Kunsthalle. „Abend ostdeutscher Dichtung und Musik“, mit Lesungen aus Werken ostdeutscher Dichter, Liedern von Pfizner, Schumann, Weber, Wolf und Kammermusik von Baythlen. Preise 1.10 und 2.10 DM.
Samstag 28, 20 Uhr: „Herbert Engelmann“, Schauspiel von Gerhart Hauptmann und Carl Zuckmayer.
Sonntag 1. 2, 11 Uhr: „Gastspiel Eurythmie“, Mitwirkende: Ralph Kux, Janina Rychter, Elya Meisa Nevar vom Goetheanum Dornach. Preise von 1.10 bis 3.00 DM.
14.30 Uhr: 9. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement S0 „Schauspielgruppe B und freier Kartenverkauf“ „Kyriza-Pyritza“.
20 Uhr: „Kyriza-Pyritza“.

Letzter Ausweg: USA

Im Leben passieren so viele interessante, erschütternde, komische und tragische Dinge, daß jedes Produkt der Fantasie daneben verblaßt. Polgar sagt einmal, daß er nie Romane lesen würde, weil alle diese erdichteten Figuren neben den Gestalten der Wirklichkeit keinen Raum mehr hätten.

Wir erzählten in unserer Ausgabe vom 11. Juli 1951 die Geschichte einer jungen Karlsruher Mutter, die um ihr Kind kämpfte und unter dem Verdacht der Kindesentführung sogar im Gefängnis saß. Empörte Leserschriften bewiesen damals die Anteilnahme der Bevölkerung am Schicksal dieser Frau. Im Ehescheidungsprozeß war ihr das Kind zugesprochen worden und ein Stuttgarter Amtsrichter hatte ohne das Jugendamt zu hören, nachträglich entschieden, daß dem Vater das Sorgerecht zustehe. Alle Menschenrechte standen auf Seiten der Mutter und dennoch gelang es der Behörde, diese zweifelhafte Entscheidung durch drei Instanzen hindurch aufrecht zu erhalten. Wir schrieben damals nach dem ersten Urteil des Amtsgerichts Stuttgart: „Es ist anscheinend ungeheuer schwierig, einmal über die Gesetzesmaschine hinweg das Herz — oder noch nicht einmal das, sondern nur den

natürlichen Verstand — sprechen zu lassen.“ Heute muß man sagen: Es war unmöglich!

Dennoch befinden sich jetzt Mutter und Kind glücklich vereint wohl auf. Die Mutter, wie eine Löwin für das Wohl ihrer Tochter kämpfend, ergriff wieder die Initiative, wie schon einmal, als sie ihr Kind in Stuttgart wegholte. Mit List — denn auf gerechte Weise war das nicht möglich — erlangte sie die Genehmigung des Vaters, in Form einer Paßunterschrift, mit der kleinen Eva-Maria zu einem Ferienaufenthalt in die Schweiz zu fahren. Die Schweiz — das Asyl aller unschuldig Verfolgten — bot endlich auch dieser Mutter Ruhe und Schutz. Von da gelang es ihr glücklicher Umstände halber nach USA auszuwandern und heute arbeitet die noch keine 30 Jahre alte Karlsruherin in einem amerikanischen Betrieb, ihr Mädchen besucht die Schule, und beide freuen sich unabhängig auf den Abend, wo sie glücklich einander in den Armen liegen. Gewiß ist nicht alles leicht in der neuen Welt — aber Hauptsache, sie sind zusammen und ein freundlicheres Schicksal als das in ihrem Heimatland ist ihnen dort beschieden. wa

Kernpunkt — auch für das Problem „Gutenbergschule“ liegt in der Beantwortung der Frage, ob heute Schulen nach der Meinung unserer Väter oder aus neuzeitlichen Erkenntnissen heraus gebaut werden sollen.

Die Kasernenbauten früheren Datums — und nicht ganz mit Unrecht wurde gestern darauf hingewiesen, daß Karlsruhe nach dem Krieg ebenfalls in diesen Fehler verfallen ist —, also die großen Kastenbauten, vier und fünf Stockwerke hoch, in denen dreißig Klassen untergebracht sind, dürften aus mancherlei Gründen nicht mehr gebaut werden. Schulen sind keine Kasernen, und da heute die Kasernen auch aufgelockert errichtet werden, warum sollen wir Kasernen für Kinder bauen? Außerdem hat sich in den letzten 50 Jahren, als die alten Schulen erstellt wurden, mancherlei geändert. Der Straßlärm — ein überaus störender Faktor —, die Verpestung der Luft durch die Fahrzeuge, die Sterblichkeit an Lungenkrebs hat sich vervielfacht, die Ansteckungsgefahr, wenn bis zu 1700 Kinder in einer Schule zusammengepfercht sind — all diese Bedenken, die noch beliebig erweitert werden können, haben die Stadtverwaltung veranlaßt, den Vorschlag zu machen, die Gutenbergschule II nicht mehr aufzubauen. Vielmehr soll südlich der Weinbrennerstraße eine Anlage geschaffen werden, die allen hygienischen und schulischen Erkenntnissen gerecht wird.

Zunächst sollen mit den am Dienstag genehmigten 350 000 DM vier Klassenräume erstellt werden. Auf die Frage, warum dieser Betrag nicht für den Wiederaufbau der alten Schule Verwendung finden könnte, erklärte Oberbürgermeister Klotz, daß durch Abräumarbeiten und dergleichen die Errichtung der vier ersten Klassenzimmer in der Gutenbergschule weitere 400 000 DM aufgebracht werden müßten. Bei der Gesamtsumme allerdings — Wiederaufbau der Gutenbergschule und Bau der neuen Schule — bleibt eine Differenz von etwa 200 000 DM zugunsten der Gutenbergschule. Es erhebt sich aber die Frage, ob die dadurch gewonnenen 200 000 DM so wertvoll sind, daß man die Gesundheit der Kinder und die Entwicklung überhaupt noch gefährden soll. Dazu kommt noch, daß die Schule im Beierheimer Feld so oder so gebaut werden müßte, und daß, wie gestern bekanntgegeben wurde, bei der Bebauung des Mühlburger Feldes ebenfalls an einen Schulbau gedacht werden muß. Darüber hinaus werden im Norden der Stadt, also noch im Einzugsgebiet der Gutenbergschule, weitere drei Schulen errichtet, so daß von Jahr zu Jahr die Entlastung der Gutenbergschule spürbarer wird.

Die Not der Gutenbergschule soll in keiner Weise verkannt werden und die Bemühungen und Ueberlegungen der Elternschaft verdienen Anerkennung, aber sollen jetzt Fehler gemacht werden, die nicht mehr gut zu machen sind? Es ist zweifellos unbestimmt, in welchem Tempo der Wiederaufbau der Gutenbergschule vor sich ginge, genau wie die Entwicklung des Baues an der Weinbrennerstraße nicht abzusehen ist. Da aber in den vergangenen fünf Jahren in Karlsruhe 250 Schulräume geschaffen wurden, so ist nicht einzusehen, falls keine äußeren Anlässe hinzukommen — warum die geplanten Neubauten nicht in der Weise vorangetrieben werden können wie der Wiederaufbau einer wirklich veralteten Schule. Einer Schule, die auch nicht dadurch moderner wird, daß nach modernen Grundsätzen umgebaut wird, weil ihr Licht, Luft und Sonne — und was fast das Wichtigste ist — Spielraum für die Kinder, für die nicht der Schulhof zum Kasernenhof mit zweimal zwei Spaziergängern — werden darf. HK

Mercedes verletzt Vorfahr

Gestern morgen gegen 11 Uhr wollte der Fahrer eines Mercedes die Durlacher Allee beim Schlachthof überqueren und — da die Vorfahrt hierbei nicht beachtet wurde — rampte er einen Volkswagen, der stark beschädigt wurde. Ein Insasse wurde leicht verletzt. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Eine Schule hilft

Der Initiative des evangelischen Religionslehrers der Goetheschule ist es zu verdanken, daß letztere seit Weihnachten 1951 Pakete an deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion schickte. Der Pfarrer selbst kam erst 1950 aus russischer Kriegsgefangenschaft und wußte daher etwas von der Not der Deutschen, die noch immer in den Lagern im Osten zurückgehalten werden, zu berichten. Er wußte, welche Freude ein Gruß aus der Heimat für alle Lagerinsassen bedeutet, denn sie alle fühlten ja dann, daß sie daheim nicht vergessen waren. Außerdem waren diese 10 Pfund schweren Päckchen nicht nur eine Hilfe für die Empfänger, die sie bei dem Mangel an allen notwendigen Dingen des Alltags gut brauchen konnten, sondern es war auch eine Quelle der Hoffnung.

Dies alles schilderte der Pfarrer genau seinen Schülern; er konnte es, denn er hatte es selbst erlebt, und er tat es so, daß seine Aktion ein wirklicher Erfolg werden sollte. 800 Pfund hochwertigster Lebensmittel und Kleidungsstücke wurden von den Schülern in der Zeit eines Jahres von zu Hause mitgebracht. Die Adressen wurden ihnen zum größten Teil von dem Münchner Bischof D. Heckel, der die Kriegsgefangenenhilfe des evang. Hilfswerks in Deutschland leitet, übermittelt. Diese Pakete wurden aber nicht nur an protestantische Kriegsgefangene geschickt, sondern sie wurden überkonfessionell verteilt und hauptsächlich unter solche Gefangene, deren Angehörige in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands leben und somit der Hilfe selbst dringend bedürfen.

Zur Freude der Schüler, die mitgeholfen haben, die Not der Deutschen im Osten zu lindern, konnte man von fast allen Paketen, die abgeschickt worden waren, entweder auf direktem Wege durch Dankstrolche der Empfänger an die Schule oder über ihre Angehörigen nachweisen, daß sie angekommen waren.

Leider jedoch muß man immer wieder feststellen, daß ein großer Teil der Bevölkerung an dem Schicksal unserer Gefangenen in Rußland viel zu wenig Anteil nimmt. — Haben sie denn alle die schlimme Zeit von 1945 bis zur Währungsreform vergessen, die Zeit, in der auch wir uns über die kleinste Hilfe von Außen, aus Amerika oder aus der Schweiz freuten? — Genau so freuen sich heute die über unsere Gaben, die nun beinahe 8 Jahre nach Kriegsende immer noch unschuldig hinter Stacheldraht leben. Sie sind froh über jede Kleinigkeit, die für uns vielleicht noch nicht einmal ein Opfer ist! Die Goetheschule gab ein gutes Beispiel — wer ahmt es nach? 86.

Technische Hochschule wird aktiv:

Deutschland hört nicht an der Elbe auf!

Verlorene Heimat wird in Karlsruhe lebendig

Die Technische Hochschule führt vom kommenden Montag ab, gemeinsam mit dem Staatstheater und der Staatlichen Kunsthalle eine Veranstaltungsreihe über „Ostdeutsche Kultur“ durch. Mancher wird sich beim Überlesen der einzelnen Themen „Das Danziger Stadtbild“, „Abend ostdeutscher Dichtung und Musik“, „Ausstellung schlesischer Landschaften“ und anderer Titel wohl fragen, was denn die Technische Hochschule Karlsruhe erstens mit dem Osten und zweitens mit künstlerischen und geistesgeschichtlichen Fragen aus diesem Gebiet zu tun hat? Es wäre wohl auf den ersten Blick einleuchtender und gewiß interessanter, würde die Technische Hochschule über bedeutende Naturwissenschaftler aus dem Osten berichten. Denn auch auf technischem Gebiet leisteten diese Gebiete einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaften, man denke nur an Haber und Bergius.

Aufbau zu einer Aktion, die das Wissen um Kulturgut des Ostens im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung wachhalten soll, wählte die Technische Hochschule Karlsruhe mit Absicht einen Fragenkreis, der eine Ergänzung zu ihrer eigentlichen Aufgabe darstellt. Die sechs ersten Veranstaltungen, die im Laufe der kommenden Woche ostdeutscher Kultur gewidmet sind, bedeuten den Beginn eines Programms, das sich alle Universitäten und Hochschulen nach einem Beschluß in Königswinter vom vergangenen Jahr gestellt haben. Die Stätten der Forschung und Lehre sind vielleicht am ehesten berufen, den Anstoß dazu zu geben, das Interesse an den deutschen Ostgebieten wach zu halten, um die Werke der Dichtung der Musik und der bildenden Kunst, die Erfolge der Wissenschaft, die jene Länder aufzuweisen haben, nicht aus dem Gedächtnis aller Deutschen schwinden. Schon heute weiß ein Zwölfjähriger nichts mehr von Danzig; von Schlesien hat er nur eine schwache Vorstellung. Wer weiß, vielleicht in wenigen Jahren empfinden die jungen Menschen den Osten Deutschlands als Ausland. Diese Entwicklung schreitet schnell vorwärts und ist nur aufzuhalten durch dauerndes Sichtbar- und Hörbarwerden der Kultur und der Gestalt dieser Landschaften.

Selbstverständlich empfinden es die zehn Landsmannschaften, die es in Karlsruhe gibt, als eine besonders willkommene Aufnahme ihrer Bestrebungen, wenn sich TH, Theater und Kunsthalle zu einem Hort ostdeutscher Kultur vereinigen. Sie werden ein Hauptteil des Publikums bilden, das die mit großer Sorgfalt zusammengestellten Veranstaltungen besuchen wird. Die Mittel der Landsmannschaften selbst sind naturgemäß beschränkt, und alle Heimatvertriebenen empfinden dankbar, daß man bei der Auswahl der Referenten, Musiker, Graphiker und Schauspieler nur erste Kenner und Köpfe ihrer Gebiete eingeladen hat.

Aber auch die alteingesessenen Karlsruher, die täglich in ihrer Wohnung, im Geschäft oder zumindest beim Gemüsehändler mit Menschen aus dem Osten zusammentreffen und zusammenleben, möchten gewiß erfahren, wie es eigentlich in der Heimat der Flüchtlinge aussieht, welche Bedeutung sie für alle Deutschen hat — wer denkt daran, daß Eichendorff Schiller war — und aus alter Kenntnis des Ostens wird vielleicht auch ein besseres Verständnis wachsen.

Wir werden täglich die Veranstaltungen unter einer besonderen Rubrik ankündigen und machen zunächst auf den Eröffnungsvortrag von Professor Dr. W. Drost, Tübingen, aufmerksam. Professor Drost ist selbst Danziger und wird deshalb einen fesselnden Vortrag über das Danziger Stadtbild im Studentenhäuser halten. Beginn 20 Uhr. Die Veranstaltung ist kostenfrei. wa

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal:

Auf dem Schienenweg ins Gefängnis . . .

Am 19. Oktober transportierte der 54-jährige vorbestrafte Fritz H. aus Karlsruhe 500 kg Eisenschienen, die ein gewisser bereits abgeurteilter B. von einem Baumaterialien-Lagerplatz in der verlängerten Eberstraße gestohlen hatte, mit seinem Lastwagen zu einem Händler ab, der dafür 70 DM bezahlte. Von dem Gelde behielt er 19 DM, während er den Restbetrag an B. ablieferte. B. ersahnte ihm, er habe mit Erlaubnis die Eisenschienen aus Bunkern in Daxlanden ausgehoben. H. wollte nicht gewußt haben, daß die neuen Eisenschienen von dem Lagerplatz gestohlen waren. Den Umständen nach mußte er aber annehmen, daß diese Schienen, die nicht verborgen, sondern von normaler Beschaffenheit und ungebraucht waren, nur durch eine strafbare Handlung erlangt sein konnten. Einige Tage später forderte ihn B. nochmals auf, weitere 600 kg Schienen zu holen. Als er diesmal an einem Werktag zu dem Lagerplatz fuhr, wurde er von Arbeitern gestellt. Wegen Hehlerei überreichte ihm das Amtsgericht einen Denktzettel über sechs Wochen Gefängnis.

Mit 19 Jahren befindet sich der mehrfach vorbestrafte Hilfsarbeiter Kurt W. aus Karlsruhe auf dem absteigenden Ast. Gemeinsam mit Anton F., dessen Verfahren wegen Erkrankung abgetrennt wurde, entwendete er am 4. September auf einem städtischen Ruinengrundstück in der Beierheimer Allee 5 Altenselbststücke im Wert von 150 DM. Durch das Dazwischentreten eines Polizeibeamten wurde der Verkauf des gestohlenen Altenselbsts verhindert. Am 13. Dezember hat W. auf einem Lagerplatz in der Hochbahnstraße am Rheinhafen 200 kg Eisenschienenstücke im Werte von 31 DM „organisiert“, die er auf einem Lieferwagen einem Altmetallhändler in der Altstadt zuführte. In diesem Falle bezifferte sich die Rechnung des Amtsgerichts

Rentenzahlungen beim Postamt Durlach

Die Renten für den Monat März 1953 werden wie folgt gezahlt:

Versorgungsrenten am Mittwoch, den 25. Februar, — Angestelltenrenten, Invalidenrenten mit Teuerungszulage, Unfallrenten, Knappschaftsrenten am Donnerstag, den 26. Februar. — Invalidenrenten ohne Teuerungszulage am Freitag, den 27. Februar (jeweils von 8 bis 12 und von 14.30 bis 17 Uhr).

Bei der Poststelle im Stadtteil Aue: Versorgungs- und Angestelltenrenten am Mittwoch, den 25. Februar. — Invaliden-, Unfall-, Knappschafts- und VAP-Renten am Freitag, den 27. Februar (jeweils von 9 bis 12 Uhr).

Bei den Zweigpostämtern Grötzingen, Königsbach (B) und Weingarten (B) und den Poststellen Berghausen, Söllingen, Kleinsteinbach, Singen Wilferdingen, Wöschbach und Jöhlingen: Versorgungs- und Angestelltenrenten am Mittwoch, den 25. Februar. — Invaliden-, Unfall-, Knappschafts- und VAP-Renten am Freitag, den 27. Februar.

Rentenempfänger, die in Karlsruhe-Durlach wohnhaft sind und ihre Beträge an den festgesetzten Zahltagen nicht abholen können, haben nochmals Gelegenheit, diese Beträge am Montag, 2. März 1953, vormittags in Empfang zu nehmen.

Bei der Rentenzahlung am 25. Februar werden an die Empfänger von Versorgungsrenten (Beschädigten- und Hinterbliebenenrenten, Witwen-, Waisen- und Elternrenten) die Formblätter zu den Rentenjahresbescheinigungen ausgegeben. Diese müssen bei der Abholung der Aprilrente beglaubigt zurückgegeben werden.

Finanzamt und Kantinenwirt

Mit dem Scheckbuch in der Tasche kehrte der vorbestrafte Rentner Gustav P. im Mai beim Kantinenwirt eines Sportplatzes im Hardwald ein, wo er sich bei Speise und Trank labte und als es ans Bezahlen ging, dem Wirt einen Scheck über 10 DM ausstreckte. Einige Tage später gab er ihm einen weiteren Scheck über 5 DM, wobei er bemerkte, die Schecks erst am nächsten Ersten vorzuzeigen, da bis dahin seine Rente auf das Konto überwiesen werde. Tatsächlich hatte Gustav kein Guthaben, sondern ein Minus von über 120 DM, so daß der Wirt das Nachsehen hatte.

Wenig schön verfuhr Gustav gegenüber einem Bekannten, einem Straßenbahnarbeiter, für den er sich erbot, beim Finanzamt einen Antrag auf Gewährung von Lohnsteuerausgleich anzubringen. Zur Erledigung dieses Auftrages ließ sich Gustav eine Vollmacht ausstellen, die er eigenmächtig durch einen Zusatz dahin ergänzte, daß er berechtigt sei, die 65 DM zu kassieren. Gustav ging mit der „verbesserten“ Vollmacht aufs Finanzamt und strich 65 DM ein. Dann hörte sein Freund lange nichts mehr von ihm. Als dieser bei Gustav vorsprach erfuhr er, daß dieser sein Geld bereits abgeholt und verbraucht hatte. Er stellte ihm eine Frist, um ihm Gelegenheit zu geben, das Geld zu ersetzen. Von Gustav war jedoch nichts zu hören und so erstattete er Anzeige. Er wartet heute noch auf sein Geld. Als Zeuge vor dem Amtsgericht versicherte er, daß er Gustav nicht ermächtigt habe, das Geld in Empfang zu nehmen. Er meint, das Geld sei für ihn verloren, der Richter jedoch belehrte ihn eines Besseren: „Gehen Sie raus zum Finanzamt und lassen Sie sich Ihr Geld herauszahlen. Sagen Sie dem Finanzamt, daß es einem Schwindler zum Opfer gefallen ist. Es muß Ihnen das Geld auszahlen. Das sage ich Ihnen als Richter.“ Gustavs Schuldkonto belief sich auf zweiwöchigen Rückfallsbetrag. Für ihn kam die Rechnung auf fünf Monate Gefängnis zu stehen.

Neue Perle

führte sich mit langen Fingern ein

Seit sechs Jahren erfreut sich die 22-jährige ledige Hausgehilfin Herta H. ihres arbeitslosen Bräutigams, dem sie ihr uneheliches Kind verdankt. Trotzdem sie drei Jahre in einem Pfarrhaushalt beschäftigt war, ist sie bereits zweimal wegen Diebstahls verurteilt.

Am 1. November trat sie eine neue Stelle in einem Haushalt in der Akademiestraße an, wo sie am gleichen Tage eine Sparbüchse aufbrach und daraus 9 DM entnahm, während sie sich aus dem unverschlossenen Kleiderschrank ein Paar Damenstrümpfe aneignete. Mit dieser wenig erfreulichen Einführung an Allerheiligen wollte sie offenbar ihrem Verlobten im matten Glanz der geklauten Nylons imponieren, mit dem sie zusammen ein Kino und ein Gasthaus besuchte, wo das gestohlene Geld verjubelt wurde. Er forderte sie auf, sie solle sehen, daß sie ihm etwas Geld besorge und das Mädchen stahl am nächsten Tage 5 DM.

Mit ihrer Stellung war es bald zu Ende. Ihrem Bräutigam hat sie inzwischen den Laufpaß gegeben und sie selbst mußte sich wegen dieser Diebereien vor dem Schöffengericht verantworten. Sie legte ein reuliges Geständnis ab und gelobte sich zu bessern. Wegen schweren und einfachen Diebstahls sprach das Gericht eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und einer Woche aus und riet ihr zu einem Gnadengesuch.

Karlsruher Tagebuch

Badisches Staatstheater, Opernhaus Samstag, 19 Uhr „Der Rosenkavalier“, Komödie für Musik von R. Strauß. Ochs von Lerchenau; Peter, Ende 23 Uhr Sonntag, 14.30 Uhr 8. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement S II und freier Kartenverkauf: „Die schöne Helena“, Operette von Offenbach, Ende: 17.15 Uhr.

Schauspielhaus: Samstag, 20 Uhr „Feuerwerk“, musikalische Komödie von Burkhard, Ende: 22.45 Uhr Sonntag, 20 Uhr „Kyrill-Pyritz“, Poesse mit Gesang von Wilken und Justinus mit Musik von Szuka, Ende: nach 23 Uhr.

Sängerbund „Vorwärts“ Wir machen unsere Mitglieder auf die heute abend, 20 Uhr, im Vereinslokal „Ziegler“ stattfindende Jahreshauptversammlung aufmerksam.

Badischer Sängerbund, Gruppe Karlsruhe, Jahreshauptversammlung Sonntag, den 23. 2. vorm. 9.30 Uhr, Restauration „Elefanten“.

Deutsch-Italienische Gesellschaft, Deutschsprachiger Vortrag von Prof. Dr. Sante David

von der Universität degli Studi di Siena über „Pirandello als Dramatiker“, um 20 Uhr im Amerikahaus.

Der Männerturnverein Karlsruhe ladet für heute abend, 20 Uhr, zu einem Turnertreffen in den „Felsenhof“ (Schützenstraße).

Volksbildungsverein Conradin-Kreutzer-Bund 1863 e. V. Vortrag über Lao-tse von Hauptlehrer Ginter, Breiten, aus dem Nachlaß des Rechtsanwaltes Dr. Edwin Müller im Conradin-Kreutzer-Haus, Wilhelmstraße 14, am Dienstag, den 24. Februar, abends 20 Uhr. Eintritt frei, Gäste willkommen.

Frauentreffen am Mittwoch, 4. März, nachmittags 15.30 Uhr in der Kreuzer-Stube.

AZ gratuliert...

...Christian Brohammer, Wilhelmstraße 38, zu seinem 75. Geburtstag.

Rechtsfragen des Alltags:

„Der ehrliche Finder wird gebeten . . .“

Finder muß sofort Anzeige machen — 5% Finderlohn bis zu 300 DM, 1% vom Mehrwert

(WB) „Der ehrliche Finder wird gebeten . . .“ Zahlreiche Zeitungsanzeigen schließen so, wenn die, die etwas verloren haben, an die Ehrlichkeit der Finder appellieren, um wieder in den Besitz ihres Eigentums zu gelangen. Es handelt sich dabei oft um Geldbörsen, um Handtaschen, um Uhren. Man glaubt gar nicht, was alles in den Katalog der Vergeßlichkeit gehört.

Zahlreiche Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches befassen sich mit dem Fund und den Pflichten, die der Finder hat. Da wird ausdrücklich bestimmt, daß der Finder, der eine verlorene, zwar besitzlose aber nicht herrenlose Sache an sich nimmt, dem Verlierer oder dem Eigentümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unverzüglich Anzeige zu machen hat. Kennt der Finder diese Personen nicht, so hat er den Finder der Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen. Ist die Sache nicht mehr als 3 DM wert, handelt es sich also um einen Kleinfund, so bedarf es dieser Anzeige nicht. Der Finder ist verpflichtet, die Sache zu verwahren. Bei drohendem Verderb oder bei unverhältnismäßigen Aufbewahrungskosten hat er sie öffentlich versteigern zu lassen. Der Erlös tritt dann an die Stelle der Sache. Auf Anordnung

der Polizei hat er die Sache oder den Erlös an diese abzuliefern. Er hat, Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten.

Die Rechte des Finders sind sehr spärlich. Er kann vom Empfangsberechtigten Finderlohn (5 Proz. bis zu 300 DM, vom Mehrwert 1 Proz., bei Tieren 1 Proz.) und Ersatz der Aufwendungen verlangen, die er den Umständen nach für erforderlich halten durfte.

Mit Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes — bei Kleinfund nach dem Fund — erwirbt der Finder das Eigentum an der Sache, wenn nicht vorher der Empfangsberechtigte dem Finder bekanntgeworden ist oder sein Recht bei der Polizeibehörde angemeldet hat. Doch haftet der Finder noch weitere 3 Jahre nach den Vorschriften über ungerechtfertigte Bereicherung.

Für den Fund in Geschäftsräumen oder Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Anstalten gelten Sondervorschriften. Wer eine Sache in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt findet und an sich nimmt, hat die Sache unverzüglich an die Behörde oder die Verkehrsanstalt oder an einen ihrer Angestellten abzuliefern. Alle anderen Bestimmungen über den Fund gelten in diesem Falle nicht. Die so gefundenen und abgelieferten Gegenstände werden nach einer öffentlichen Bekanntmachung öffentlich versteigert.

Wird eine Sache, die so lange verborgen gelegen hat, daß der Eigentümer nicht mehr

zu ermitteln ist (Schatz) entdeckt und infolge der Entdeckung in Besitz genommen, so wird das Eigentum zur Hälfte von dem Entdecker, zur Hälfte von dem Eigentümer der Sache erworben, in welchem der Schatz verborgen lag.

Jeder, der etwas findet, sollte nichts unverachtet lassen, den Fund wieder in die Hände des rechtmäßigen Besitzers kommen zu lassen. Gewiß, sehr oft scheint der Fund auf den ersten Blick wertlos, zum mindesten nicht so wertvoll, daß sich Zeit und Mühe lohnen, um das Gefundene wieder in die richtigen Hände zu bringen. Aber jeder Finder sollte dabei nicht vergessen, daß für den, der eine an sich wenig wertvoll erscheinende Sache verloren hat, der Verlust sehr schmerzlich sein kann. Handelt es sich doch oft um ein liebes Andenken an vergangene Zeiten, eine Erinnerung an Menschen, die nicht mehr leben. Das sollte jeder bedenken, der an einem kleinen Fund vorübergeht und die Mühen scheut, die mit der Erfüllung seiner im Bürgerlichen Gesetzbuch festgelegten Pflichten als Finder verbunden sind.

Eine „Nova“ aufgelenchtet!

Nach Mitteilung der Harvard-Sternwarte (USA) wurde, wie die Wetterwarte Karlsruhe meldet, dort am 10. 2. 1953 das Aufleuchten eines neuen Sternes festgestellt. Das Objekt befindet sich in der Milchstraße im Sternbild Schütze. Da seine scheinbare Helligkeit nur 10. Größe beträgt, also für das unbewaffnete Auge unsichtbar bleibt, daraus kann geschlossen werden, daß sich die Nova in etwa 60000 Lichtjahren Entfernung von unserer Sonne am Rande unseres Milchstraßen-Systems befindet. Das Aufleuchten neuer Sterne geschieht durch Gasausbrüche aus an sich schwachleuchtenden Sternen.

AZ, Badische Allgemeine Zeitung, Geschäftsstelle Karlsruhe, Waldstraße 28, Chefredaktion: Theo Jost, Lokales: Helmut Köhler und Gertraud Waldecker, Land: Fritz Pfrommer, Anzeigen: Theo Zwecker, Techn. Herstellung: Karlsruher Verlagsdruckerei in Verbindung mit der Druckerei und Verlagsgesellschaft in Mannheim, Mitglied der Pressegemeinschaft Mannheim — Karlsruhe — Pforzheim — Stuttgart — Heilbronn

Landes-Chronik

Taxifahrer mit der Pistole bedroht

Freiburg (Isw). In Freiburg wurde am Donnerstag ein Taxifahrer von einem Fahrgast mit einer Pistole bedroht. Der Fahrer war mit dem Mann in Streit geraten, weil dieser immer wieder ein anderes Fahrziel angegeben hatte. Der Fahrer konnte mit seinem Wagen davonfahren, ehe der rabiate Fahrgast noch etwas unternehmen konnte.

321 Weine auf dem 15. Freiburger Weinmarkt

Freiburg (Isw). Auf dem 15. Freiburger Weinmarkt, der am 25. Februar stattfindet, werden insgesamt 321 Weine aus allen Weinbaugebieten Badens ausgestellt sein. Zu dem Verkaufsmarkt, der um 10 Uhr beginnt, haben nur der Weinhandel, das Gaststätten- und Hotelgewerbe und die Aussteller Zutritt.

Pkw's „fahren“ mit Muskelkraft

Schauinsland (Isw). Ein in der Geschichte der schneereichen Schwarzwaldwinter bisher wohl einmaliges Schauspiel erlebten am Mittwoch und Donnerstag die Wintersportgäste der großen Hotels auf dem 1300 m hohen Schauinsland bei Freiburg. Da die unter meterhohem Schnee liegende einzige Verbindungsstraße zu den Höhenhotels auf dem Schauinsland seit über zehn Tagen für den Autoverkehr gesperrt ist, haben verschiedene Kraftwagenbesitzer, die schon vor den starken Schneefällen auf den Schauinsland gekommen waren, jetzt aber ihren Urlaub dringenden Besuchen mußten, mit Hilfe des Hotelpersonals und der Bauern ihre Fahrzeuge auf große Pferdeschlitzen geladen. Die Gespanne wurden dann, da auch die Pferde in dem tiefen Schnee einsanken, von acht bis zehn Männern 3 km weit bis zur nächsten Einmündung in die geräumte Höhenstraße Freiburg - Todtnau am Notschrei gezogen. Erst von dort ging es dann mit Motorkraft weiter.

42-jähriger wollte in die Fremdenlegion

Lörrach (Isw). Den deutschen Grenzbehörden bei Lörrach wurde am Donnerstag ein 42 Jahre alter stellungsloser Koch aus Kettwig übergeben, der in der Schweiz aufgenommen worden war. Er befand sich nach seinen Angaben seit Dezember letzten Jahres auf Wanderschaft und war zuletzt in Konstanz gelandet, wo er beschloß, in die Fremdenlegion einzutreten. Zu diesem Zweck änderte er das Geburtsjahr in seinem Personalausweis von 1911 in 1921 um, da er Zweifel hatte, bei seinem Alter noch angenommen zu werden. Eine französische Dienststelle in Konstanz, bei der er sich meldete, händigte ihm einen Freifahrchein nach Freiburg i. Br. aus. Dort angekommen, wurde der Mann in einer Kaserne untersucht, aber für legionärsuntauglich befunden. Daraufhin überschritt er in der Nähe von Lörrach illegal die Grenze nach der Schweiz, um im Lande der Eidgenossen sein Glück zu versuchen. Hier griff ihn jedoch bald die Schweizer Fremdenpolizei auf und verpaßte ihm zunächst einmal eine Haftstrafe von 21 Tagen. Ziemlich abgerissen landete er jetzt wieder auf deutschem Gebiet.

Verstärkte Nachfrage nach Bodenseeobst

Tettngang (Isw). Die Tettnganger Bodensee-Obstversteigerung am Donnerstag stand im Zeichen einer verstärkten Nachfrage und leicht anziehenden Preisen. Der Großhandel hatte zahlreiche Vertreter nach Tettngang entsandt. Die Festigung auf dem Obstmarkt wird auf die stabilere Preisbildung bei Apfelsinen zurückgeführt. Zur Zeit kommen im Bodenseegebiet neben dem Boskop vor allem die zitronengelben Welschnisser aus den Winterlagern. Die zum Kauf angebotenen 1500 Kisten wurden flott abgesetzt.

Schienenomnibusse auf Schwarzwaldstrecken

Schramberg (Isw). Auf der eingeleigten Nebenbahnstrecke Schillach - Schramberg wurden am Donnerstag zwei Schienenomnibusse erprobt. Die Fahrzeuge, die mit und ohne Belastung fuhen, bewährten sich auf der sehr kurvenreichen Strecke gut. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe prüft zur Zeit, ob mit dem kommenden Sommerfahrplan auf dieser Strecke ständig Schienenomnibusse eingesetzt werden können.

Wolfach

Neue Naturschutzgebiete bei Gutach?



Wolfach. (A) Wie das Landratsamt Wolfach bekanntgibt, ist beabsichtigt, das Sulzbachtal, den Farrenkopf und ihre Umgebung auf den Gemarkungen Gutach und Eimbach im Landkreis Wolfach in die Landschaftsschutzkarte der höheren Naturschutzbehörde in Freiburg einzutragen. Sie soll damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt werden.

Fastnachtsnachklänge

Hornberg. Unter großer Beteiligung wurde am Mittwochabend die Fasnacht am Rathausplatz mit der traditionellen Verbrennung des „Hans“ abgeschlossen. Wie üblich ging dem Akt ein Trauermarsch voraus und der Präsident des Ellerrates hielt die Abschiedsrede an die Fasnet. Wenn es zum Teil an den Fastnachtsabenden Montag und Dienstag etwas ruhiger herging, so kann der Ablauf der Hornberger Fasnacht im Ganzen gesehen als gelungen bezeichnet werden.

Der neue Fäkalienwagen in Betrieb

Hornberg. Die Stadt hat vor einiger Zeit einen neuen Fäkalienwagen in Betrieb genommen. In einer städt. Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß der Wagen mit allen Neuerungen ausgestattet ist und eine einwandfreie Entleerung garantiert ist. Die Abortentleerung wird jeweils am Mittwoch

Schlechte Fernverbindung Südbadens

Fremdenverkehrsverband fordert bessere Fernverbindungen in das süddeutsche Fremdenverkehrsgebiet

Freiburg. (Isw.) Der badische Fremdenverkehrsverband in Freiburg hat die Eisenbahndirektion Karlsruhe in einem Schreiben gebeten, sich im Interesse des Fremdenverkehrs im Schwarzwald und am Bodensee für eine Verbesserung der Zugverbindungen im innerdeutschen Verkehr einzusetzen. Der Fremdenverkehrsverband weist daraufhin, daß durch die für 1953 im internationalen Fernverkehr vorgesehenen Änderungen alle fünf Fern-D-Züge nach Norddeutschland und der Schweiz Südbaden in den Nachtstunden passieren. Sie würden daher für den Fremdenverkehr völlig bedeutungslos. Diesen fünf Nachtverbindungen stehe aber nur eine einzige Tagesverbindung gegenüber.

Mit fast 15 Stunden Fahrtdauer von Basel nach Hamburg sei die Fahrzeit dieser Verbindung über eine Stunde länger als im Jahre 1939. Um die Tagesverbindung zu erreichen, müßten die Reisenden schon zwischen fünf und sechs Uhr morgens von den Kurorten im Schwarzwald und dem Hochrheingebiet abfahren. Durch die Aufhebung der dritten Klasse bei D 77/78 falle die zweite Tagesverbindung zwischen Südbaden und Mittel bzw. Norddeutschland praktisch ebenfalls aus, da die Mehrzahl der Reisenden erfahrungsgemäß die dritte Klasse benütze.

Schlechte Kurslage für Baden-Oos - Offen- burg und Freiburg

Der Fremdenverkehrsverband stellte freier fest, daß auch im kommenden Fahrplan im Nachtverkehr Holland - Rheinland - Basel mit ungünstigen Zeitlagen in Südbaden zu rechnen sei, so daß auch diese Verbindungen für die süddeutschen Fremdenverkehrsgebiete weitgehend ausfallen dürften. Wenn der Zug F 108 anstatt wie bisher um 5.26 Uhr künftighin bereits vor 4 Uhr in Karlsruhe abfähre

und schon gegen 6.30 Uhr im badischen Bahnhof in Basel eintreffe, passiere er Baden-Oos, Offenburg und Freiburg bereits so früh, daß er von den Fremden kaum mehr benützt werde. Auch der für den deutschen Verkehr neu vorgesehene Zug D 208 liege mit Abfahrt in Karlsruhe von 4.30 Uhr gleichfalls außerordentlich früh und dürfte deshalb im Fremdenverkehr nach Nord- und Mittelbaden keine Rolle spielen. In der Richtung Süd-Nord werde der neue Zug D 207 Freiburg erst kurz vor Mitternacht passieren und infolgedessen die weite nördlich liegenden Plätze ebenfalls in ungünstiger Zeit erreichen. Das gleiche gelte für die Anreise aus Holland und dem Rheinland. Nach dem Rheinland sei dringend eine durchgehende Verbindung notwendig, die später nach Holland ausgedehnt werden sollte.

Abschließend weist der badische Fremdenverkehrsverband daraufhin, daß der internationale Verkehr in das südbadische Fremdenverkehrsgebiet von jeher bedeutend gewesen sei und daher besondere Berücksichtigung verdiene.

Offenburg

Gewerkschaft gegen hohen Brotpreis

„Verteuerung für die Arbeitnehmer untragbar“



Offenburg. (M) Der Ortsausschuß Offenburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in einer Sitzung zu der Brotverteuerung Stellung. Die Verteuerung des Brotes wurde als für die Arbeitnehmer untragbar bezeichnet. Der Landesbezirk Württemberg-Baden wird sich in dieser Frage an die Landesregierung wenden mit dem Ziel eine Verteuerung zu verhindern.

3mal vorbestraft

Offenburg. (M) Vor dem Offenburg Schöffegericht stand ein in einer Stadtrandiedlung wohnhafter Althändler wegen Betrug. Er kaufte 4000 Kilo Schrott in Haslach i. K., bezahlte jedoch nur 1900. Außerdem betrog er einen Mann in Todtnau. Da er bereits schon 3mal einschlägig vorbestraft ist, wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Eine mitangeklagte Verwandte erhielt drei Monate Gefängnis wegen ähnlichen Vergehen.

In Offenburg kurz notiert

Der Sportverein für Kraftsport und Körperpflege trägt heute, Samstagabend, um 20 Uhr, in der Städtischen Turnhalle den Verbandskampf in der Landesliga, Gruppe Nord, im Ringen gegen Appenweier aus.

Im Saale der städtischen Musikschule versammeln sich heute abend die Mitglieder des Kreisverbandes der vertriebenen Deutschen in einer Tonbildveranstaltung „Unvergessener deutscher Osten“.

Zum Wintersport kehrt morgen Sonntag ein Bahnbus von Offenburg nach Schönwald. Vorverkauf der Karten bis heute abend 17 Uhr.

Die Stadtverwaltung Offenburg hat die Absicht für die Schuljugend eine besondere Theaterveranstaltung geben zu lassen. Geplant ist Goethes „Clavigo“ durch das Baden-Badener Theater spielen zu lassen.

Den Aerzte-Sonntagdienst versehen Dr. Ruf und Dr. Gass. Diese Aerzte sind auch am Mittwoch dienstbereit.

Stadtwald wieder voll aufgeforstet

Offenburg. (M) Wie alle wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Offenburg in den letzten Jahren sich gut entwickelt haben, so konnten auch im Stadtwald, der in der Nach-

kriegszeit durch die Brennholzeinschläge und die Besatzungsheere gelitten hat, die großen Schäden behoben werden. Dieses schöne Vermögensstück der Stadt ist nun wieder voll aufgeforstet und kann der kommenden Generation übergeben werden.

Industriekammer gegen Forstverwaltungen

Offenburg. (M) Die Industrie- und Handelskammer Mittelbaden veröffentlichte einen Bericht über die Lage der Wirtschaft im Kammerbezirk. Darin wird gegen die Staats- und Gemeindeforstverwaltung mit folgenden Worten Stellung genommen: „Nach wie vor wird gegenüber den Staats- und Gemeindeforstverwaltungen der Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre überhöhten Preisaufschläge, die sich auch auf den Privatwald übertragen, für den derzeitigen Stand auf dem Holzsektor verantwortlich sind.“

Griechenland-Ausstellung kommt nach Offenburg

Offenburg. (M) Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe hat sich bereit erklärt, der Stadt Offenburg die Durchführung von Kunstausstellungen im Europahaus entsprechendes Ausstellungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Es ist nunmehr möglich, für die ersten drei Märzwochen die bereits in mehreren Städten gezeigte „Griechenland - Ausstellung“ nach Offenburg zu erhalten. In einer ausführlichen Besprechung mit den maßgeblichen Herren der Staatlichen Kunsthalle wurde über den Inhalt der Ausstellung, über Führungen und Vorträge Aufschluß gegeben.

Kurze Freude

Offenburg. (M) In Freiburg stellte ein französischer Staatsangehöriger seinen Wagen mit einigen Koffern vor ein Hotel. Am anderen Morgen waren die Koffer, in denen sich Kleidungsstücke im Werte von einigen tausend Mark befanden, gestohlen. Kurze Zeit später wurden jedoch in Offenburg schon drei junge Burschen festgenommen, bei denen ein wesentlicher Teil der gestohlenen Kleider sichergestellt werden konnte.

Volksbank gab über 2 Millionen DM Kredite

Gengenbach. Der Geschäftsbericht der Volksbank Gengenbach, der bei einer heute stattfindenden Generalversammlung vorgelegt wird, weist darauf hin, daß das Bilanzvolumen bei der Währungsreform von 6 647 000 auf 466 000 zusammengeschmolzen ist. Seit dem Währungsschnitt hätte ein lebhaftes Kreditbegehren bemerkt werden können. Die in und um 800 Fällen ausgegebene Kreditsumme betrage insgesamt 2 220 000 DM. Damit hätte das Kreditbegehren zwar in rezeptablem aber nicht in vollem Umfang befriedigt werden können. Der Geschäftsbericht zeigt auch eine wesentliche Umsatzsteigerung der Bank auf. Gegenüber 1936, wo 5 516 000 DM umgesetzt wurden, steht die Umsatzsumme von 32 902 000 im Jahre 1951. In ähnlichem Maße sind die Spar- und Giroeinlagen gewachsen. Sie betragen 1936 437 000 DM und 1951 744 000 DM. Die Volksbank ist in der Lage, für das Geschäftsjahr 1951 einen Gewinn von über 12 000 DM auszuweisen.

Lahr

Obstbaum-Schnittkurs

Lahr-Dinglingen. (W) Während der Obstbauverein am Samstagabend seine Generalversammlung abhält, findet wie alljährlich nachmittags ein Schnittkurs unter Leitung von Obstbauinspektor Grundhöfer statt. Treffpunkt beim Landwirtschaftsamt.

Mahlberg. (W) Wie nicht anders zu erwarten, war auch der Unterhaltungsabend des MGV „Liederkrantz“ wieder sehr gut besucht. Gut einstudierte Humoresken, Scherzlieder in Chor und Solo sorgten für eine echte Faschingsstimmung. Das gute Gelingen des Abends ist um so beachtlicher, als zur Vorbereitung desselben nur 3 Tage Zeit waren.

Rastatt

Ein Teerbehälter explodierte

Arbeiter mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus eingeliefert - Erneuter Unfall auf dem Söllinger Flugplatz



Rastatt. Gestern meldeten wir den schweren Unfall, der sich auf dem Söllinger Flugplatz ereignete, bei dem ein Maschinist in ein Sandsilo fiel, und heute müssen wir über einen erneuten schweren Unfall vom Söllinger Flugplatz berichten. Am 17. Februar explodierte ein Teerbehälter, der Feuer gefangen hatte. Während sich ein Arbeiter noch rechtzeitig durch Beiseitespringen retten konnte, wurde ein anderer Arbeiter von den Flammen erfaßt, dessen Kleider sofort zu brennen angingen. Den Vorfall beobachtende Arbeitskollegen kamen dem Brennenden zu Hilfe und löschten das Feuer. Der Arbeiter mußte mit schweren Brandwunden in das Rastatter Krankenhaus eingeliefert werden.

Tödlicher Verkehrsunfall vor Gericht

Rastatt. Das Schöffengericht Baden-Baden verhandelte den am 17. September vorigen Jahres im Iffezheimer Wald passierten Verkehrsunfall. Bekanntlich stieß ein 60-jähriger Radfahrer mit einem aus einem Seitenweg kommenden Motorradfahrer zusammen und wurde schwer verletzt. Im Krankenhaus verstarb dann der Verletzte. Zwar traf den Radfahrer die Hauptschuld, und das Gericht erkannte dessen verkehrswidriges Verhalten, doch glaubte es, den Motorradfahrer insoweit als mitschuldig ansehen zu müssen, als dieser das verkehrswidrige Verhalten hätte in Rechnung stellen müssen. Das Urteil für den Motorradfahrer lautete auf 200 DM Geldstrafe.

Der „Hirsch“ wird abgebrochen

Kuppenheim. Das ehemalige Gasthaus „zum Hirsch“ in der Murgtalstraße, das schon recht verfallen war und wirklich keinen schönen Anblick mehr bot, wurde nun eingerissen. Die Abbrucharbeit besorgte eine schwere Zugmaschine, die mit dem Gemäuer mühselig fertig wurde.

Baden-Baden

Karambolage Jeep - Motorrad

Baden-Baden. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Lichtentaler Straße, als ein französischer Jeep beim Ueberholen eines Lastkraftwagens mit einem entgegenkommenden Motorradfahrer zusammenstieß. Nach dem Zusammenstoß mit dem Motorradfahrer prallte der Jeep noch gegen eine Hauswand. Der Fahrer des Jeep erlitt nur Schnittwunden, der Motorradfahrer jedoch einen komplizierten Unterschenkelbruch, der seine Einlieferung ins Krankenhaus notwendig machte.

Verbilligte Ferienreisen ins Ausland

Baden-Baden (Isw). In Baden-Baden wurde dieser Tage eine Camping-Ferien-Gemeinschaft gegründet. Sie will im Zusammenwirken mit der Bundesbahn, der Bundespost sowie dem privaten Verkehrsgewerbe für ihre Mitglieder verbilligte Ferienreisen ins In- und Ausland organisieren. Sitz der Gemeinschaft ist Baden-Baden.

Kehl

Sie kamen nicht zur Legion

16 Personen, die sich anwerben lassen wollten, wurden festgehalten



Kehl. (Isw) In den ersten acht Tagen des Februar wurden bei Straßenkontrollen an der deutsch-elsässischen Grenze in Kehl 16 Personen, die sich zur Fremdenlegion anwerben lassen wollten, festgehalten. Einige wurden unter dem Verdacht, strafbare Handlungen begangen zu haben, bis zur Ueberprüfung ihrer Personalien in Haft genommen. Die meisten wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Zehn der Festgehaltenen waren Jugendliche, die von ihren benachrichtigten Eltern abgeholt wurden. Zwei von den Jugendlichen, die die Grenze bereits illegal überschritten hatten, überlegten es sich nach ihrer Ankunft in Straßburg wieder anders. Sie meldeten sich bei der französischen Polizei, die die beiden nach Kehl zurückbrachte. - Die Warnplakate der Jungsozialisten gegen die Fremdenlegion wurden dieser Tage auch in Kehl angeschlagen, während der Nachtstunden aber von Unbekannten wieder entfernt.

Abenteuerliche Irrfahrt einer 18-jährigen

Kehl. Ein von zu Hause durchgebranntes Mädchen, das einige Zeit mit einem Liebhaber in einem Flüchtlingslager zusammenlebte und, nachdem es von ihrem Freund sitzen gelassen wurde, illegal mit einem Franzosen nach Frankreich ging, wurde nun von der französischen Polizei der deutschen Polizei übergeben. Auch der französische Freund hatte sie bei der Ankunft in Paris sitzen lassen.

Kind in kochendes Wasser gestürzt

Kehl. In einem unbewachten Augenblick fiel ein vierjähriges Kind in einen Topf mit kochendem Wasser. Es mußte mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Schranke durchfahren

Kehl. Ein französischer Lkw durchfuhr am Mittwoch die geschlossene Bahnstrancke beim E-Werk. Der Schrankenwärter konnte jedoch den heranahnenden Rangierzug noch rechtzeitig stoppen, so daß ein größeres Unglück vermieden werden konnte.

Wichtigste Aufgabe ist der Straßenbau

Helmlingen. Anlässlich einer Ortsbereinigung bezeichnete Landrat Bechtold den Straßenbau als vordringlichste Aufgabe.

Tötungsstellen in den Landgemeinden gefordert

Zu der Notiz in Nr. 42 der „AZ“, „Aus dem Gerichtssaal“, wonach elfjährige Buben einen Hund töteten und den anderen aussetzen und der Eigentümer und Veranlasser straflos ausging, schreibt der Tierschutzverein, Abt. Tierhilfe: Die Tierschutzvereine streben seit langem an, daß auch in den Landgemeinden Tötungsstellen für Kleintiere errichtet werden. Der Tierschutzverein Karlsruhe ist schon wiederholt deshalb an die zuständigen Behörden herangetreten. Leider werden auf dem Land nur zu oft Jugendliche mit dem Totschlag und Aussetzen von Tieren beauftragt. Die Folge davon sind die übelsten Tierquälereien. Mit Hilfe des Bolzenschußapparates ist es auch in Landgemeinden möglich, Kleintiere, die überzählig sind, schmerzlos zu töten. Die Einführung einer Tierschutzstunde mit praktischem Tierschutzunterricht würde auch die Kinder auf dem Land die Tierquälereien erkennen lassen, die mit dem Totschlag von Hunden und Katzen durch Jugendliche, die nicht über genügend Ueberlegung und körperliche Kraft verfügen, verbunden sind.

Kurznotizen

Ehlingen (Z). Mit Beginn des neuen Schuljahres an Ostern 1953 (Erster Schultag: Mittwoch, den 15. April 1953) werden alle Kinder schulpflichtig, die am 31. März 1953 das 6. Lebensjahr vollendet haben. Die Eltern oder deren Stellvertreter werden gebeten, die in der Zeit vom 1. April 1946 bis 31. März 1947 geborenen Kinder am Dienstag, den 24. Februar 1953 nachmittags von 15 bis 17 Uhr anzumelden und zwar die Knaben in der Philipp-Thiebauschule Zimmer 11 und die Mädchen in der Schillerschule Zimmer 13, II. Stock. Die schulpflichtig werdenden Kinder sind bei der Anmeldung mitzubringen. — Die Anmeldepflicht erstreckt sich auch auf die Kinder, die zu Beginn des vorigen Schuljahres zurückgestellt wurden oder z. Zt. erkrankt oder schwächlich und in der Entwicklung zurückgeblieben sind, sowie auf die blinden, taubstummen, geistesschwachen, epileptischen und krüppelhaften Kinder. Für alle Kinder sind der Geburtschein (oder Familienstammbuch) und der erste Impfschein vorzulegen, sowie das religiöse Bekenntnis anzugeben. Etwasige Anträge auf Rückstellung für kranke und schwächliche Kinder sind gleich bei der Anmeldung zu stellen.

Forchheim. Die Tischtennis-Rückrunde beginnt am kommenden Sonntag, bei der der Forchheimer Tischtennisclub Rot-Weiß Herrenabteilung zu Gast haben wird. — Prof. Dr. Paul König wird am Sonntag 72 Jahre alt. Unser Glückwunsch! Heute hält der Kleintierzüchterverein im Gasthaus „Zur Krone“ seine Generalversammlung ab.

Weingarten. Sonntag, 22. 2., 14.30 Uhr, „Kärcherhalle“, Jahreshauptversammlung der SPD. — Spöck. Am nächsten Mittwoch, 20. Uhr, spricht Sportjournalist Volderauer im Rahmen des Volkshilfsvereins über „Helsinki 1952“, im Gasthaus „Zur Rose“.

Graben. Heute veranstaltet der MGV Liederkreis, um 20 Uhr, in der Turnhalle einen Familienabend.

Büchenau. „Bildung und Volk“ lautet das Thema eines Vortrages, den Pfarrer Oskar Frey, Rheinsheim, morgen um 14.30 Uhr im Gasthaus „Zum Löwen“ hält.

Bruchsal. Zum Leichtathletikverbandstag am kommenden Sonntag in Mannheim fährt ab Bahnhof Bruchsal ein Omnibus. Die Fahrt ist frei. Die Vereinsvertreter treffen sich an der Omnibushaltestelle. Die Abfahrt erfolgt pünktlich um 8.30 Uhr. — Am kommenden Dienstag, 24. Februar, findet für die Leichtathleten des Kreises Bruchsal in der ASV-Sporthalle im Schloßgarten ein Leichtathletik-Lehrstag mit dem weltbekannten Trainer Sepp Christmann statt. Der Lehrstag beginnt um 14 Uhr. — VB Bruchsal. Die Spielerversammlung muß diese Woche ausnahmsweise am Samstag, 21. Februar, 19 Uhr, im Vereinslokal „Zum goldenen Lamm“ stattfinden. — Naturfreunde. Am Sonntag, 22. Februar, findet die zweite Programmwanderung statt: Karlsdorf, Neuhard, Spöck, Büchenau, Hütte. Die Teilnehmer treffen sich um 11 Uhr am Ausgang der Joß-Fritz-Siedlung zur Büchenauer Straße. — Am Samstag, 21. Februar, 20 Uhr, findet in der Hütte am Eichelberg die Monatsversammlung statt.

Bruchsal. Zur Frankfurter Messe vom 22. bis 26. Februar werden dieses Jahr für die Besucher von Bruchsal und Umgebung Sonderwagen vorgesehen, und zwar: Hinfahrt vom 22. bis 25. Februar im Kilsuz 501, Bruchsal ab 6.00 Uhr, Frankfurt/M. an 11.33 Uhr; zur Rückfahrt vom 22. bis 26. Februar im Kilsuz 502, Frankfurt/M. ab 18.34 Uhr, Bruchsal an 21.12 Uhr. Die Besucher erhalten 50 Prozent Fahrpreisermäßigung. Nähere Auskunft erteilt die Fahrkartenausgabe. — Bei Nichterreichbarkeit des Hausrufes stehen am Sonntag, 22. Februar zur Verfügung: Dr. Richter, Schillerstr. 14, Tel. 2608; Dr. Wahrenholz, Amalienstr. 5, Tel. 2182; Stadtapotheke, Kaiserstraße 95, Tel. 2481. — AZ gratuliert... Zugführer I. R. Jakob Steinbach, Bruchsal, Kugelzug 4, zum 84. Geburtstag.

Ubstadt. Heute, 20 Uhr, hält der Turn- und Sportverein 92 im Gasthaus „Zum Ritter“ seine Jahreshauptversammlung ab. Zur gleichen Zeit haben auch die Fußballer im Gasthaus „Zum Löwen“ ihre Generalversammlung.

Langenbrücken. Heute, 20 Uhr, hält der Heimkehrerverband im Gasthaus „Zum Bahnhof“ eine Versammlung ab. — Wir gratulieren Anna Schmitz zum 77. Geburtstag. Das Fest der goldenen Hochzeit konnte das Neubürgerpaar Johann Singler und Barbara geb. Puch begehen. Unser Glückwunsch!

Huttenheim. Im Gasthaus „Zur Sonne“ hält heute der Turnverein seine Generalversammlung ab. — Der älteste Einwohner der Gemeinde, Anton Wittmann, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. — Wir gratulieren Emma Jungling zum 81. Sofie Weick zum 76. und Berta Wittmann zum 78. Geburtstag. — Unter Leitung von Hubert Zimmermann findet am Montag im Bürgeraal ein Volkstänzersingen statt.

Erfolg und Fortschritt
Söllingen. Eine Generalversammlung hielt der das gesamte Pfälzertal umfassende Verein Deutscher Schäferhunde ab. Wie dabei zum Ausdruck kam, kann der Verein in seinem Rückblick Fortschritt und Erfolge verzeichnen. Die nächsten Wochen werden nun ganz im Zeichen der Vorarbeit für die am 21. Juni stattfindende Prüfung stehen. Mehrere Vereinsmitglieder werden morgen zur Landesgruppenversammlung nach Mannheim fahren.

Brötchen

Zuchtanlage ist fertiggestellt

60jähriges Stiftungsfest des Kleintierzüchtervereins

Brötchen. (W) Wie in der Generalversammlung des Kleintierzüchtervereins Brötchen zum Ausdruck kam, kann der Ausbau der Zuchtanlage am Bächle als abgeschlossen angesehen werden. Der häufige Besuch der Anlage durch auswärtige Vereine und Züchter beweist, daß sie in Fachkreisen starke Beachtung findet. Besonders erfreulich ist es, daß die Befürchtung, die Zuchtanlage werde durch den Bau der neuen Umgehungsstraße erheblichen Schaden leiden, unberechtigt war, da die ursprünglichen Pläne, wonach die Straße mitten durch das Gelände gehen sollte, so geändert wurden, daß nunmehr der Verein nur einen unbedeutenden Zipfel abgeben muß. Unter der Leitung des neuen Vorstandes Wilhelm Schübbe, der schon früher einmal Vereinsleiter war und auch Kreisvorsitzender ist, wird der Verein Anfang August d. J. sein 60jähriges Stiftungsfest begehen, das mit einer großen Jungtierschau verbunden sein wird. Außerdem wird der Verein in diesem Jahr voraussichtlich auch die Kreis Schau für Geflügel und Kaninchen übernehmen. Von den Mitgliedern wird erwartet, daß sie sich schon rechtzeitig darauf einstellen, auf diesen Ausstellungen nur erstklassiges Tiermaterial in reichhaltiger Auswahl zur Verfügung stellen zu können.

Brötchen. Im Zuge der Versammlungsaktion des Verbandes had. Lehrer und Lehrerinnen sprechen am heutigen Samstag, 15. Uhr, im Bezirkslehrerverband Brötchen im Volksschulhaus Brötchen der Schriftleiter der Süddeutschen Schul-Zeitung, Koll. Anmann vom Oberschulamt Karlsruhe und Rektor Zimmermann, Mannheim, der Leiter des Gewerkschaftlichen Aus-

schusses, über schul- und standespolitische Fragen. — Der VdK hält heute Samstag im Badischen Hof seine Generalversammlung ab. — Der Obst- und Gartenbauverein Brötchen führt auch in diesem Jahre eine Winterspritzung durch. Mitglieder, aber auch solche Obstzüchter, die dem Verein noch fernstehen, die ihre Bäume gespritzt haben wollen, können dies auf dem Rathaus, Zimmer 13, bei Waldmeister Petri, anmelden. Außer dem Gewinn ist nach Möglichkeit die Lagerbuchnummer des Grundstücks anzugeben. — Alle eingeschriebenen Mitglieder des Schrift- und Plakatvereins der VHS wollen sich am Mittwoch, den 25. Februar, 20 Uhr, im Zeichensaal der Volksschule einfinden, um die Kurstage festzulegen. Auch weitere Meldungen werden bei dieser Gelegenheit noch entgegen genommen. — Im Capitol-Theater läuft bis einschließlich Montag der Film „Der große Zapfenstreich“, in Spätvorstellungen „Zigeunerblut“. — Den ärztlichen Sonntagsdienst und den Nachtdienst der kommenden Woche versieht Dr. Henn, Bahnhofstraße 14, Ruf 549. Von den Apotheken ist die Ratsapotheke dienstbereit. — Am Mittwoch erfolgte die Anmeldung der Schulanfänger in der Volksschule. Es wurden dabei 60 Knaben und 53 Mädchen registriert, so daß es je zwei Buben- und Mädchenklassen geben wird.

Regulierung erforderte 195 000 DM

Gondelsheim. 195 000 DM erforderte der Aufwand zur Regulierung des Ried- und Eschgrabens sowie die Hochwasserschutzmaßnahmen, teilte Bürgermeister Schwarz in einer Bürgerversammlung mit. An der Deckung dieser Kosten sei die Gemeinde nicht unbeträchtlich beteiligt gewesen. 26 000 DM hätte auch die Kanalisation der Heugasse und Fasanengasse erfordert.

Bruchsal

„Die Spur nach Stuttgart“

Doch jetzt muß Rudolph 5 Monate brummen

Bruchsal. Zufällig hörte Rudolph von einer Stuttgarter Firma, die gestohlene amerikanische Autos zu „günstigen Preisen“ aufkaufe und darin erblickte er eine Chance. Nein, stehlen wollte er nicht. Vielmehr ging er zu einem amerikanischen Agenten der CID, der sich angeblich für die Sache interessiert haben sollte und versprochen habe, einen amerikanischen Kranwagen zur Verfügung zu stellen. „Wollen doch mal sehen, wohin die Spur nach Stuttgart führt“, sollte dieser sich geäußert haben. Rudolph setzte sich nun über Mittelsmänner mit der Stuttgarter Firma in Verbindung, doch als der Verkauf getätigt werden sollte, war der Kranwagen nicht da, war nicht mehr zu bekommen. Trotzdem erreichte Rudolph mit einigen Schwindeltricks, daß ihm von einem Mittelsmann der Firma 1500 DM ausgehändigt wurden. Mit dem Gelde ging er zum CID, doch auch jetzt rückten diese nicht mit dem Wagen heraus. Verzweifelt fuhr Rudolph nach Baden-Baden, wo er das Geld verspielte.

Wegen Unterschlagung dieses Geldes stand er nun vor Gericht und der Richter meinte, daß auch das „Ganovengeld“ zu schützen sei. Unterschlagung ist nun einmal Unter-

schlagung. Rudolph wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

17 000 DM Baudarlehen für 1953

Büchenau. Nach der neuen vom Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschlossenen Ortssatzung sind die Eigentümer, Pächter oder Mieter der an den Ortsstraßen liegenden Grundstücke verpflichtet, bei Glatteis zu streuen. — Nach einer Mitteilung des Landratsamtes betragen die für 1953 zur Verfügung stehenden öffentlichen Wohnungsbaudarlehen 17 000 DM.

Ortsverweiterung und Kinderspielplatz

Kirrlach. Im Zuge der Ortsverweiterung erhält die Goethestraße eine Parallelstraße. Nach dem Beschluß des Gemeinderates soll an dieser neuen Straße, so wie es die Planvorlage des Landesplanungsamtes vorsieht, ein Kinderspielplatz angelegt werden.

Westwallbunker dienen der Rheinregulierung

Rheinsheim. Die Sprengung der letzten Westwallbunker ist in vollem Gange. Das Flußbaumt Speyer führt diese Arbeiten durch, trägt die Bunker ab und verwendet die Sprengstücke zur Rheinregulierung. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Unbefugte das Sprenggebiet nicht betreten dürfen.

Landkreis Karlsruhe

Manöver im Hardtwaldgebiet

Leopoldshafen. (st.) In den kommenden Tagen wird eine Zählung über den voraussichtlichen Gemüseanbau auf dem Freiland durchgeführt. — In der Zeit vom 23. 2. 53 bis 14. 3. 53 sind im ganzen Hardtwaldgebiet militärische Übungen angesagt, wobei die Grenze des Übungsgebietes am Rhein verläuft. — Entstehende Schäden sind bei der Gemeindeverwaltung sofort zu melden. — Es ist vom Karlsruher Anglerverein beabsichtigt, alsbald die Abwässergräben im Gebiet des Laich- und Hegeplatzes reinigen zu lassen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß die Inhaber von Streu- und Nutzrohrlosen in diesem Gebiet diese sofort sauber machen. — Die zwei ersten Reihen der Kindergräber gegenüber den Familiengräbern müssen bis Ende März dieses Jahres abgeräumt werden. — Gefunden wurde ein grauer Teppich, der in der Blumenstr. 18 abgeholt werden kann. — Julius Jakob Stern, Kirchenstr. 14, feiert am 21. 2. seinen 77. Geburtstag und Mathilde Haut, geb. Nagel, Hafenstr. 2, wird am 22. 2. 70 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch.

Einbruchdiebstahl

Forchheim (H). Unbekannte Täter öffneten nachts gewaltsam den Maschinenraum der Dreschhalle in Forchheim und entwendeten Weizen, den sie wahrscheinlich in mitgebrachte Säcke verstaute und abtransportierten.

Gemeinsame Fahrt der Vereine

Grünwettersbach (F). Die Grünwettersbacher Vereine sind übereingekommen, am 10. 5. 1953 eine Fahrt mit dem fidelem Sonntagsbummler ins Rheintal (Bingen, Loreley, St. Goar — Niederwalddenkmal und Rüdesheim) durchzuführen. Um diese einmalige schöne Fahrt weiten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen, ist der Fahrpreis sehr niedrig gehalten. Dies ist aber nur bei entsprechend großer Teilnehmerzahl möglich. Bei den Friseurinnen sind Einzeichnungslisten bis zum 27. 2. aufgelegt.

AZ gratuliert: Beller Christian, Hauptstr. 41, zum 79. Kunzelmann Luise, Hauptstr. 38, zum 79. und Löffler Wilhelm, Kirchstraße, zum 77. Geburtstag.

„Der gehorsame Rebelle“

Weingarten. Die evangelische Kirchengemeinde gedachte am 18. Februar dem To-

destag des großen Reformators Martin Luther im Rahmen einer schönen Feierstunde in der evangelischen Notkirche. Zur Vorführung gelangte der Lutherfilm „Der gehorsame Rebelle“, der das Leben dieses großen Mannes schildert und zweifellos ein historisches Dokument darstellt. In dieser Feierstunde schilderte ein weiterer Filmstreifen das Wirken der Inneren Mission.

Ettlingen

Gründung eines Motorsportklubs

Ettlingen. (Z) In der „Traube“ findet am kommenden Samstag, 20. Uhr, eine Versammlung statt, in der ein Motorsportclub für Ettlingen gegründet werden soll. Alle Interessenten des Motorsports sind herzlich eingeladen. In der Bundesrepublik gibt es zahlreiche Klubs dieser Art, die sich in sportlicher und verkehrssicherer Hinsicht gut bewährt haben.

200 DM Strafe wegen Tierquälerei

Ettlingen. Ein hiesiger Privatjäger wurde wegen Tierquälerei vom Strafrichter zu 200 DM Strafe verurteilt. Der Mann hatte bei einer Jagd einen wildernden Hund, den er pflichtgemäß abschließen wollte, nur verärgert, ihm aber nicht den Fangschuß gegeben. Das verärgerte Tier wurde erst später vom Feldhüter getötet, nachdem es unter großen Schmerzen litt.

Günstiger Verlauf der Spendenaktion

Reichenbach. (R) Die in dieser Woche stattgefundenen Kleider- und Lebensmittelsammlung für die Ostflüchtlingsspende nahmen einen unerwartet günstigen Verlauf und beweist, daß trotz der erhöhten altseltigen Anforderungen die Gebaufreudigkeit wirklicher Not gegenüber noch nicht ausgestorben ist.

Die Schuleinschreibung für das kommende Jahr zeigt, daß die Schülerzahl der ersten Klasse von 13 auf 41 emporgestiegt.

Die Mitglieder der Theatergemeinde werden am kommenden Dienstag „Tannhäuser“ sehen. Zu diesem Zweck wird der Omnibus bereits um 18.30 Uhr abfahren.

AZ gratuliert Frau Pauline Azenhofer am 20. 2. zum 61. Geburtstag.

Ohne

ATA

geht

es

nicht



32/52c

Rebellen gegen Religion und Christentum?

Die Lehrerschaft steht zur Gemeinschaftsschule - Tagung des Bezirkslehrerverbandes Ettlingen

Auf der Bezirksversammlung der Lehrer Ettlingens und des Albgaus sprach der 1. Vorsitzende des dem DGB angeschlossenen Verbandes badischer Lehrer und Lehrerinnen, Rektor Kotyrba, Heidelberg. Er gab ein ausgezeichnetes Bild von der augenblicklichen kulturpolitischen Lage im allgemeinen und von der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Erzieher im allgemeinen. Er erinnerte daran, daß alle Fortschritte auf dem Gebiete des Erziehungswesens den Lehrerverbänden zu danken gewesen sei und wies in diesem Zusammenhang auch auf die Fülle der Aufgaben hin, die in der nächsten Zukunft der Verwirklichung harren. An erster Stelle nannte er die Entscheidung über die neue Schulform in Baden-Württemberg, die Schulreform, die Lehrerbildung und das neue Schulpflichtgesetz.

Hetze kann nicht über Erfolge täuschen

Besonders eingehend befaßte sich der Verbandsvorsitzende mit der in Landesversammlung und Öffentlichkeit diskutierten Frage: Gemeinschaftsschule oder Konfessionsschule. Leider sei dieses Problem längst von einem sachlichen zu einem machtpolitischen geworden. Nur so könne man verstehen, wenn die treu zur bewährten Gemeinschaftsschule stehenden Lehrer — und das sei die überwältigende Mehrzahl — von den Anhängern der Konfessionsschule in der unflätigsten und gemeinsten Weise angegriffen würden. Man habe sie „Rebellen gegen Religion und Christentum“ genannt, obwohl man genau wisse, daß sie im Christentum verwurzelt, aber gleichzeitig gewillt seien, dem ganzen Volke und seinen Kindern zu dienen. Ebenso habe man die weit über 75 Jahre bewährte Simultanschule eine „Vorstufe der Gottlosenschule“ genannt, obwohl sie bekanntlich so tüchtige

Oberhirten wie den Erzbischof Gröber hervorgerufen habe, der die gleiche Simultanschule als „von Vernunft und Gewissen nahegelegt“ erkannt habe; auch der frühere Staatspräsident Wohleb habe sie als eine „Meisterschule“ bezeichnen müssen.

Nur Gemeinschaft erzieht zur Duldsamkeit

Aber nicht diese Urteile allein sprechen für die Beibehaltung der christlichen Gemeinschaftsschule, sondern auch Gründe der Sparsamkeit und der Toleranz. „Wo simultan gelebt, gearbeitet — und gestorben wird“, sagte Kotyrba unter lebhaftem Beifall, „wo sogar die christliche Partei simultan ist, kann und darf die Jugend nicht aus konfessionellen Gründen getrennt und einander entfremdet werden. Es sei, nach den Worten des Pädagogen Eduard Spranger, eine ethische und erzieherische Pflicht, junge Menschen zur Duldsamkeit und damit zum Ganzen zu erziehen. Dafür sei aber nur die Gemeinschaftsschule der richtige Ort. Sie brauche ihre Bewährung nicht mehr nachzuweisen, und die Statistiken der Bekenntnisschulen anderer Bundesländer hätten keine besseren Erziehungsergebnisse aufzuweisen.“

Wo das Elternhaus aufhört

Auf das Elternrecht eingehend, betonte Kotyrba, daß kein Erzieher dieses natürliche

Recht bestreite, sofern es nicht „ferngelenkt“ sei und dort seine Grenze finde, wo das Recht anderer und die Gewissensfreiheit des Lehrers verletzt werde. Der Staat habe die Ueberzeugung aller und nicht nur bestimmter Menschen zu schützen. Eigentümlich bleibe jedoch, daß das Schlagwort vom Elternrecht nur dann auftauche, wenn es sich um die Einführung der Bekenntnisschule handle; es sei nie davon die Rede, wenn Eltern ihre Kinder zu Wehr- oder Kriegsdienst hergeben müßten.

Lehrer und Gewerkschaft vereint

Zum Schluß seiner Ausführungen wies er auf die wertvolle Unterstützung hin, die der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen sechs Millionen Mitgliedern den Forderungen der Volksschule und ihrer Lehrer habe angeeignet lassen. Das unterstrich auch der Junglehrer-Vertreter des Verbandes Zander, Mannheim, der über Fragen des Beamtenrechts und über die Besoldungsverhältnisse sprach. So unzulänglich im ganzen auch die erzielten Verbesserungen auf dem Gebiete der Besoldung noch seien, so wären sie doch nur mit Unterstützung der Gewerkschaft zu erreichen gewesen. Ziel bleibe aber nach wie vor eine durchgreifende Besoldungsreform, die auch der Tätigkeit und der Verantwortung der Volksschullehrer endlich gerecht werde.

Weltabgeschiedene Einsamkeit

Hochrhein und Hotzenwald harren der Entdeckung

Zu den wenigen Reiselandschaften, die noch abseits der großen Durchgangslinien der Entdeckung harren, gehören Hochrhein und Hotzenwald. Mit Hochrhein bezeichnet man den Rhein zwischen Konstanz und Basel, den Abschnitt des Stroms unmittelbar nach seinem Austritt aus dem Bodensee. Das Stromtal des Hochrheins gehört zu den schönsten und interessantesten Randlandschaften des Schwarzwalds. Davon erhält einen Vorgeschmack, wer mit dem Dampfboot von Konstanz über den Untersee und Rhein, vorüber an der Insel Reichenau und dem mittelalterlichen Städtchen Stein nach Schaffhausen fährt. Aber der eigentliche romantische Hochrhein beginnt doch erst hinter dem Rheinfluss, und er beeindruckt am stärksten den Paddler, der sich von dem rasch dahinschießenden grünen Strom entföhren läßt. Zuerst geht es durch eine waldige Talschlucht und unter der alten überdachten Holzbrücke des malerisch in einer Rheinschleife gelegenen Klosters Rheinau hindurch. Bald kommt man in den Rückstau des Kraftwerks Egglisau. Und schon hier werden zwei Eigenheiten der Hochrheinlandschaft deutlich: die komplizierte Grenzziehung, die den Paddler zwingt, ein halbes Dutzend mal an einem Tage das Land zu wechseln; und die Erschließung des Hochrheins durch gewaltige Kraftwerke, die inzwischen bis auf wenige Stautufen abgeschlossen ist. In alle Stautwehre sind Großschiffahrtsschleusen eingebaut, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo der Lastschiffverkehr von der Nordsee und Holland über Basel hinaus bis ins Bodenseebecken weitergeführt wird. Bei Waldshut nähert sich der Rhein den Vorbergen des Hotzenwalds; die schöne alte Wilderstadt ist von jeher das Herz dieser abseitigen Schwarzwaldlandschaft gewesen. Die Täler der Wutach, der Steina und der Schlicht münden hier aus, die zusammen mit den zerklüfteten Tälern der Alb, der Murg und der Wehra in die über

die Tausendmetergrenze aufragenden Bergzüge des Hotzenwalds eindringen. Hier droben lebt noch in der weltabgeschiedenen Einsamkeit der Bergdörfer, ein ursprünglicher und naturverbundener Menschenschlag. Diese Hotzenwälder sind keine überlaufenen Fremdenplätze. Wer aber in einer schönen, hochgelegenen Berg- und Waldlandschaft Stille und Erholung sucht, der kommt bestimmt im Hotzenwald auf seine Rechnung. Und auch die Nähe der Grenze hat ihre Reize. Wer möchte nicht einmal hinüber nach der Schweiz! Ueberall am Hochrhein ist das möglich. Man bummelt von Waldshut über die Brücke nach dem schweizerischen Koblenz, von Säckingen nach Stein, von Rheinfelden nach dem gleichnamigen schweizerischen Städtchen oder von Lörrach nach Basel. Und wen es nach mehr gelüstet, der kann Tagesausflugsfahrten nach Zürich, Luzern und der Avenstraße unternehmen. So sind Hochrhein und Hotzenwald ideale Ferienlandschaften für Leute, denen es weniger auf die drei Sterne des Bäderdeckers als auf die Freude der Entdeckung von Neuland ankommt.

Sonntagsdienst der Ärzte...

Dr. Bräuner, Ruppurrer Str. 33, Tel. 206; Dr. Hauth, Ruppurrer Str. 74, Tel. 6465; Dr. Fehring, Amalienstr. 17, Tel. 3890; Dr. Stich-Völcker, Klosestr. 44, Tel. 30531; Dr. Eger, Viktoriast. 22, Tel. 4435; Dr. Zufall, Viktoriast. 24, Tel. 3015; Dr. Wälde, Bunsenstr. 3, Tel. 6478; Dr. Schmidt-Heydt, Rheinstr. 65, Tel. 7860.

Karlsruhe-Weierfeld: Dr. Roßmann-Biegler, Danziger Str. 8, Tel. 30013.

Karlsruhe-Durlach: Dr. Petersk, Aue, Westmarkstr. 35, Tel. 91949.

... und der Apotheken...

Berthold-Apotheke, Rintheimer Str. 1, Tel. 885; Internationale Apotheke, Kaiserstr. 80, Tel. 438; Hirsch-Apotheke, Amalienstraße 33, Tel. 1409;

AZ Wetterdienst

Veränderlich und ziemlich mild

Vochersage der Wetterwarte Karlsruhe für Nordbaden gültig bis Montag früh. Am Samstag noch örtlich Frühnebel, tagsüber aufhellend und recht mild, mit Höchsttemperaturen in den tiefen Lagen um 10 Grad. Am Sonntag wechselnde, vorwiegend stärkere Bewölkung und aus Westen übergreifende Niederschläge in der Ebene bei Tagestemperaturen von 5 bis 8 Grad Regen, in Schwarzwaldhöhenlagen allmählich in Schnee übergehend, dabei auffrischende südwestliche allmählich nach westdrehende Winde.

Rhein-Wasserstände

Konstanz 264 -1, Beilsach 128 +12, Keel 285 -5, Maxau 371 +4, Mannheim 332 +2, Caub 185 -3.

Schneebericht vom Schwarzwald

Königsstuhl 30 cm Naßschnee, Waldkatzenbach 40 cm Naßschnee, Wildbad-Sommerberg 70 cm Naßschnee, Döbel 40 cm Naßschnee, Galstatal-Herrenalb 35 cm Naßschnee, Kaltenbrunn 100 cm harsch, Baiersbrunn 80 cm fester Altschnee, Freudenstadt 120 cm Naßschnee, Kurhaus-Sand 140 cm Pappschnee, Herrenwies 150 cm Pappschnee, Hundseck 150 cm Pappschnee, Unterarmut 190 cm fester Altschnee, Hornsgrunde-Sender 170 cm verhascht, Ruhestein 190 cm fester Altschnee, Schliffkopf 170 cm Naßschnee, Knieba 100 cm Naßschnee, Schönwald 180 cm fester Altschnee, Furtwangen 120 cm fester Altschnee, Kandel 200 cm verhascht, St. Margen 150 cm Pappschnee, Breinau 110 cm fester Altschnee, Hinterarten 130 cm Naßschnee, Friedenweiler 70 cm verhascht, Titisee 110 cm Pappschnee, Saig 110 cm fester Altschnee, Falkau 110 cm Pappschnee, Allgashütten 180 cm fester Altschnee, Feldberg-Gipfel 200 cm Altschnee, Muggenbrunn 200 cm fester Altschnee, Todnau-Berg 150 cm Naßschnee, Todnau-Hasenhorn 180 cm fester Altschnee, Notschrei-Stübenwasen 200 cm fester Altschnee, Todmoos-Hochkopf 190 cm fester Altschnee, Belchen 260 cm fester Altschnee, Schausland 180 cm Naßschnee. Ueber das Wochenende bleibt das überaus milde Wetter bestehen.

Allmähliches Tauwetter, das seit vorgestern bis zu den Schwarzwaldgipfeln einsetzte, so daß die Schneehöhe um 30 bis 50 cm zurückgegangen und der Pulverschnee in Naß- oder Pappschnee verwandelt wurde; oberhalb der heute bei etwa 1100 m liegenden Frostgrenze wird teilweise harsch im Schwarzwald etwas Neuschnee gemeldet. Die Frostgrenze wird zunächst um 1400 m schwanken. Wesentliche Niederschläge sind vorerst nicht zu erwarten, erst am Sonntag können in Höhenlagen wieder auftretende Regenfälle in Schnee übergehen und bei allmählich absinkender Frostgrenze bis 1900 m herab Neuschnee bringen. Am Sonntag verkehrt nur der Feldberg-Ski-Express von Mannheim-Heidelberg — über Karlsruhe. Nähere Auskünfte am Fahrkartenschalter und bei den Reisebüros.

... und des Zahnarstes...

Dr. Richard Rein, Beiertheimer Allee 1, Telefon 6713.

Versammlungskalender der SPD

Jungsozialisten: Montag, 23. 2., 20 Uhr, Salmen, Jahreshauptversammlung

Weierfeld/Dammerstock: Mittwoch, 25. 2., 20 Uhr, Dammerstock, Ehrenabend langjähriger Mitglieder.

Voranzeige: Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Groß-Karlsruhe, am 28. 2., abends kleiner Stadthallensaal.

Beerdigungen in Karlsruhe

Samstag, den 21. 2. 1953

Hauptfriedhof:

Zickel Reinhold, 68 J., Ettlingerstr. 30 9.00 Uhr
Jung Anna, 59 J., Erbprinzenstr. 29 9.30 Uhr
Markert Laura, 87 J., Luisenstr. 54 10.00 Uhr
Fried Jakob, 83 J., Lameystr. 10 10.30 Uhr
Dahn Marika, 49 J., Engesserstr. 12 10.30 Uhr
Krauth Karl, 61 J., Brunhildenstr. 4 11.00 Uhr
Kögele Karl-Heinz, 71 J., Werderstr. 62 13.00 Uhr

Sonntag, den 22. Februar 1953

Friedhof Knielingen:

Barth Adolf, 73 J., Litselastr. 16 15.30 Uhr
Glaser Emilie, 74 J., Kirchbühlstr. 11 16.00 Uhr

Montag, den 23. 2. 1953

Hauptfriedhof:

Schäfer Ida, 67 J., Gartenstr. 57 10.00 Uhr
Böckinger Anna, 80 J., Gerwigstr. 10 10.30 Uhr
Juscher Gustav, 52 J., Veilchenstr. 16 11.30 Uhr
Jehle Karl, 57 J., Moningerstr. 3 12.30 Uhr
Matsch Emilie, 87 J., Silberstr. 18 13.00 Uhr

Friedhof Daxlanden:

Salzer Anna, 78 J., Parnoramaweg 19 14.00 Uhr

Friedhof Hagfeld:

Seitz Frieda, 52 J., Hennebergstr. 43 15.00 Uhr

Beerdigungen in Durlach

Samstag, den 21. 2. 1953

Bergfriedhof:

Dieterle Friedr., 69 J., Amthausstr. 16 14.00 Uhr
Felleisen Jakob, 84 J., Rainerwiesenstr. 8 14.30 Uhr

Für regelten Stuhl

Neda Fruchtwürfel

das natürliche Mittel, unschädlich, mild, zuverlässig

Tiermarkt

Trüchtige Ziege zu verkaufen. Zu erfragen: Hertzstraße 25.

Dobermann-Hündin, 1/2 Jahre, prima Stammesbaum, m. Hütte, zu verkaufen. Zu erfragen unter K 8992 an die „AZ“.

Auch ein kleines Insekt bringt ein gutes Resultat!

Kraftfahrzeuge

Krad m. Beiwagen, 500 ccm, auch einzeln, zu kaufen gesucht. Preisofferten unt. K 3073 an die „AZ“, Waldstr. 25.

Lloyd-Kaufvertrag

mit 10% Anzahlung mit Nachlaß, abzugeben. Angebote unter Nr. K 7743 an die „AZ“.

Radfahren? Nein! Motorrad kaufen, jetzt 4 Jahre Abzahlung, ohne Anzahl. Bed. Häfler, Hamb.-Stell. 155.

Fahrrad m. Viktoria-Hilfsmotor abzugeben. Angeb. unt. K 8992 an die „AZ“.

Pald auch für kleinere Wagen

BOSCH - Nebelscheinwerfer

KARRER & BAPTH · KARLSRUHE
Kaiserallee 12a Fernsprecher 5960

Heirat

Einheirat
1. erstkl. Feinkostgesch. diet. Dame, 29 J.

Studienrat,
Wwr., wünscht Wiederheirat durch Eheanbahnungs-Institut

frau Dorothea Romba
Mannheim, Langerötterstr. 27
Ruf. 31148 — Tagl. auch sonntags v. 10-18 Uhr, auß. montags
Filiale: Karlsruhe, Buntestr. 11
Ruf. 457.

Verschiedenes

Geigen, Etuis, Bögen usw.
kaufen Sie vorteilhaft bei

Eugen Wahl

GEIGENBAUMEISTER
Kreuzstraße 35, 2 Treppen
(Nahe Markthalle), Fernspr. 12 23

Alteisen, Metalle

Lumpen, Papier etc. kauft ständig zu Tagespreisen, holt auch ab

Georg Kampfrad

Rohstoffekauf, Karlsruhe, Luisenstraße 46 Telefon 476

Ruf 37 65

Auto-Cylinder-Schleiferei

Lagerungen, Kurbelwellen, Reparaturen mit Garantie

Julius Ehlgötz & Co.
KARLSRUHE · Innerestraße 44

GRITZNER-KAYSER-

Nähmaschinen sind weltbekannt für erstklassige Werksarbeit
Jetzt neue Zick-Zack-Modelle

A. Allgeier, Karlsruhe, Waldstr. 11
Ansch. ab DM70 bis 12 Monatsraten

Eine uralte Regel!

dauernde, planmäßige Werbung ist nötig um sich bekannt zu machen!

Kaum zu glauben!
Ja, das ist SUWA-WEISS!

Ein herrliches Gefühl, weniger Arbeit und doch strahlend weiße Wäsche zu haben. Ja, Suwa hat nun mal alle besonderen Vorzüge, die Ihnen den Waschtag erleichtern.

SUWA bietet Ihnen 4 klare Vorteile:

- Suwa erspart ein Einweichmittel. Schon beim Einweichen mit Suwa wird der Schmutz gelöst.
- Suwa erspart ein Enthärtungsmittel. Kalkseifenflecke kommen nicht mehr vor.
- Suwa wäscht selbstfärbige Flecke raus...
- Suwa erspart ein Spülmittel, zum Spülen brauchen Sie nur klares Wasser.

und der Erfolg ist immer

SUWA-WEISSE WÄSCHE!

Doppelpaket für die große Wäsche nur 85 Pf.